

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

Neue Folge
18. Jahrgang

Januar
1995

4/94

Erhard Griese:

**Christen können notfalls auch Gott
gehörchen, Kirchen aber immer dem Staat –?**

Wolfgang Lünenbürger:

**10 Punkte zur Zukunft
des Religiösen Sozialismus**

Arbeitsgruppe des BRSD:

Entwurf für neue »Vorläufige Leitsätze«

Ulrich Peter:

**Der Geist weht rechts
Zum Hegemoniegewinn
der gesellschaftlichen Rechten**

Bärbel Fünfsinn:

**Mission und Entwicklung
Befreiung vom pharaonischen System
des Neoliberalismus**

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten

(BRSD) e.V.:

Ulrich Peter, Berlin

Reinhard Gaede, Herford

Udo Fleige, Tübingen

Rudolf Laeger, Frankfurt.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis Jährlich DM 20,-

(Ausland DM 25,-) incl. Porto

Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der religiösen

Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),

Postgiroamt Dortmund

189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch

zugewandt. Förderabo DM 30,- oder

mehr. Beiträge über DM 20,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist kooperiert mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede (Schriftleitung), Laarer Str. 297, 32051 Herford

Lothar Bücken, Wetter

Erhard Griese, Düsseldorf

Rolf Köhler, Bad Schönborn

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Christa Peter, Berlin

Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD, Postfach 2521,

72015 Tübingen,

Kündigungen werden zum

Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,

Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

ISSN-0945-828X

Inhaltsverzeichnis:

Erhard Griese: Christen können notfalls auch Gott gehorchen, Kirchen aber immer dem Staat –?	4
Leitung der Ev. Kirche des Rheinlandes: »Antwort und Einspruch« – Thesen zur Asylpolitik	8
Wolfgang Lünenbürger: 10 Punkte zur Zukunft des Religiösen Sozialismus	10
Ulrich Peter: Welche Funktion haben »Vorläufige Leitsätze« des Bundes Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten?	14
Ulrich Peter: Thesen zur Einführung in die »Vorläufigen Leitsätze«	15
Arbeitsgruppe des BRSD: Entwurf für neue »Vorläufige Leitsätze«	18
Ulrich Peter: Der Geist weht rechts – Zum Hegemoniegewinn der gesellschaftlichen Rechten	31
Wolfgang Lünenbürger: Gestaltungsmacht der Armen Ein evangelischer Beitrag zu einer religiös-sozialistischen Theorie der Gerechtigkeit	36
Bärbel Fünfsinn: Mission und Entwicklung – Befreiung vom pharaonischen System des Neoliberalismus	41
Bericht über die BRSD-Jahrestagung vom 21. 10. bis zum 23. 10. 1994	45
Einladung zur Jahrestagung 1995	46
Ulrich Peter: August Rathmann (+) zum 100. Geburtstag	46
Bücher, die uns interessieren: Matthias Nauwerth: Rezension von Oskar Negt »Unbotmäßige Zeitgenossen«. Heinz Röhr: Rezension von F.-M. Balzer »Ärgernis und Zeichen«.	48
Wolfgang Lünenbürger: Rezension von Heinrich Bedford-Strohm »Vorrang für die Armen«.	50
	51

Editorial:

Mit diesem Heft schließt der 18. Jahrgang der Neuen Folge von CuS ab und der 47. Jahrgang seit der Gründung von CuS im Jahre 1948. Für die derzeitige CuS-Redaktion ist es der zweite Jahrgang, der unter ihrer Verantwortlichkeit erschienen ist. Einige Leserinnen und Leser haben uns nach der Herstellungsweise von CuS gefragt. Etwa zweimal jährlich trifft sich die über ganz Deutschland verstreute Redaktion zu einer Wochenendkonferenz, auf der dann jeweils 2 Hefte vorgeplant werden. Wenn dann die Artikel, Korrespondenzen etc. für die betreffende Nummer vorliegen, fängt die Arbeit der Endredaktion an. Dies sind seit 2 Jahren Christa und Ulrich Peter aus Berlin, die das Heft zusammenstellen. Das dann konzipierte Heft wandert weiter zum Berliner Lay-outer, der das Heft in eine ansprechende und lesbare Form bringt und die Druckvorlagen erstellt. Am Schluß der Produktionskette steht dann die Druckerei Hephata, die druckt, bindet und die Hefte versendet. Vom Konzept bis zum fertigen Heft vergehen oft mehrere Monate. Beim vorliegenden Heft hat es genau ein halbes Jahr gedauert. Zum einen nahm die Erstellung und Diskussion einzelner Artikel wesentlich mehr Zeit in Anspruch, als vorher abzusehen war, und zum anderen war die Berliner Endredaktion mehrere Wochen durch Umzug und (mittlerweise abgeschlossenes) Promotionsverfahren so eingespannt, daß für CuS nicht mehr genug Zeit blieb. Deswegen erscheint die Nr.4/94 erst im Januar 1995. Trotzdem: Auch der Jahrgang 1995 wird mit vier Heften erscheinen.

Wir haben, wie ebenfalls bereits in Heft 3/94 angekündigt, einen Schwerpunkt bei der Kritik der Asylthesen der EKD gewählt, die wir für einen theologischen Mißgriff und einen kirchenpolitischen Skandal halten. In dieser Ankündigung hatte uns der Druckfehlerteufel einen kleinen Streich gespielt, so daß es statt »60-Jahre Barmen« »50-Jahre« hieß, wie einigen Lesern auffiel. Sowas kommt vor und beruht nicht auf neueren Forschungsarbeiten zur Datierung von Barmen.

Den Hauptschwerpunkt dieses Heftes bildet der Entwurf für die neuen »Vorläufigen Leitsätze« des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) und Artikel, die sich darauf beziehen. Dieses Heft ist insofern ein Experiment wie auch eine Ausnahme. Daß eine kleine und dazu noch sehr pluralistisch zusammengesetzte Gruppe wie der BRSD versucht, sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der weitgehenden Resignation und Apathie auch der kirchlichen Linken in der Welt neu zu verorten, ist das eine. Daß dabei auch die eigenen Vorstellungen kritisch überprüft und aktualisiert werden müssen, das andere. Wir machen in diesem Heft für unsere Leserinnen und Leser unsere Überlegungen öffentlich und laden dazu ein, an dieser Diskussion teilzunehmen und teilzuhaben. Eine Diskussion ohne Kritik und Lernfähigkeit ist keine und daß an unserem Entwurf noch vieles zu verbessern ist, wissen wir!

Es geht nicht nur um unsere Positionsbestimmung als Gruppe. Wir begreifen uns als einen Teil der kirchlichen Linken und wollen dazu beitragen, daß die in den letzten Jahren »Verstummt« wieder anfangen zu reden. Denn wir haben in der Nachfolge Jesu mehr beizutragen als die (stille) Hoffnung auf bessere Zeiten.

Auf Heft 3/94 haben wir ein gutes Echo von den Leserinnen und Lesern bekommen. Diese positiven Reaktionen machen uns Mut für die weitere Arbeit, für die wir weiterhin auf die Unterstützung unserer Leserinnen und Leser angewiesen sind. Macht FreundInnen, KollegInnen usw. auf CuS aufmerksam, fordert beim Bundesbüro und der Redaktionsadresse Werbeblätter und kostenlose Probeexemplare an. Nicht zuletzt: Wir wollen weiterhin auch Interessentinnen und Interessenten mit Probeheften beliefern, was allein schon an Porto eine Menge Geld kostet.

Wer uns dabei finanziell unterstützen kann, die/den bitten wir um eine Spende auf unser Konto: Nr. 189 389-464 beim Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46).

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein gutes Jahr 1995 und viel Kraft für die Anstrengungen, die vor uns liegen.

Eure Redaktion

Erhard Griese

Christen können notfalls auch Gott gehorchen, Kirchen aber immer dem Staat – ? Vom gespaltenen Christentum in einem EKD-Papier

Die Asyl-Frage bewegt die Gemüter. In ihr spitzt sich das Verhältnis des Deutschen zum Ausländer besonders zu. Und ebenso sehen sich engagierte Christenmenschen und christliche Gemeinden herausgefordert, wenn sie bei der Begleitung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen erleben, daß die Asylgesetzgebung bzw. ihre jeweilige Auslegung durch zuständige staatliche Behörden Menschen durch Auslieferung an ihre politischen Feinde und Peiniger im Heimatland und durch Abschiebehaft an Leib und Seele bedroht. Selbstmordfälle und andere Verzweiflungstaten sind nicht selten.

Die Bibel – ein Buch von Flüchtlingen für Flüchtlinge

Christen erinnern sich bei alledem daran, daß ihre Bibel wie »ein Buch, von Flüchtlingen für Flüchtlinge geschrieben« erscheint. Kain muß »unstet und flüchtig sein auf Erden«, und Gott macht ein Zeichen an ihm zum Schutz vor Verfolgern, die ihm nach dem Leben trachten. Wahrscheinlich hätte nicht einmal amnesty international ihn adoptiert; er war schließlich der Mörder seines Bruders.

Mose muß wegen eines ähnlichen Deliktes fliehen und kommt bei den gastlichen Midianitern unter. Jakobs Brüder schließlich können als die klassischen Wirtschaftsflüchtlinge gelten, die in Zeiten bitteren

Hungers ihr Land verlassen und im reichen Ägypten Brot suchen, ebenso Elimelechs Familie im Lande Moab, wo sein Sohn die Einheimische Ruth heiratet, die dann mit ihrer Schwiegermutter als Fremde in deren Heimat kommt. Und Abraham findet als Fremdling in Hebron bei den freundlichen Hethitern eine Höhle als Erbbegräbnis für seine Frau Sarah.

Joseph und Maria flüchten mit dem Kind Jesus nach Ägypten, um den Nachstellungen des tyrannischen Herodes zu entgehen und dürfen dort bleiben, bis die Gefahr worüber scheint. Es ist bereits ein Standard-Cartoon in kritischen Blättern: die »heilige Familie« mit Maria und dem Kind auf dem Esel und dem verzweifelt bittenden Joseph, dessen Asylantrag an der



ägyptischen Grenze zurückgewiesen wird, denn »das Boot ist voll«, und Ägypten will keine Überfremdung durch Ausländer und Flüchtlinge.

Daß Josephs Familie in Ägypten eine Chance zum Überleben bekam, ebenso wie die Brüder seines Namensvorgängers im Buch Genesis, das dürften die Verfasser der EKD-Thesen vom September 1994 eigentlich wissen, ebenso, daß die Bibel voll ist von den Mahnungen, Fremde aufzunehmen und Flüchtenden beizustehen, – »denn ihr seid selbst Fremdlinge gewesen in Ägypten«, heißt es immer wieder. Und der so bekannte Psalm 23 scheint nichts anderes zu sein als das hoffnungsstarke Gebet eines Flüchtenden, der durch Wüste und Dunkelheit unterwegs ist zu dem einzig sein Leben rettenden Ort, dem »Haus des HERRN«, wo er Aufnahme findet. Daß Jesus von sich sagt, der Menschensohn habe nicht, wo er sein Haupt hinlege, und daß er verschiedentlich vor Feinden in die

Dekapolis oder die Gegend von Tyrus und Sidon ausweicht, ohne als unerwünschter Fremder abgewiesen zu werden, kann jeder Bibelleser nachprüfen. Die erste Christin auf bayerischem Boden scheint eine der vielen schwarzhäutigen Prostituierten im Gefolge der römischen Legionen gewesen zu sein, die in einer stürmischen Nacht vor den Mauern des Castells Augusta Vindelicorum einen christlichen Bischof aufnahm, der in der decianischen Verfolgung Mitte des 3. Jahrhunderts aus Italien über die Alpen geflüchtet war, und die sich samt ihren Freundinnen vom selben Gewerbe bekehrte, taufen ließ und von wütenden Soldaten erschlagen wurde. »Afra« wird sie genannt, »die Schwarze«, was sicher ein Name war, den ihr ihre Kunden gegeben hatten. Noch heute weisen in Augsburg Straßenzüge und Kirchen auf den Verlauf der römischen Mauer und den Ort einen Fußweg außerhalb des Kastells hin, wo St. Afra den Märtyrertod fand.

Gerechtigkeit ist nichts Statisches

Wie gesagt – ich zweifle nicht daran, daß die Verfasser der zehn EKD-Thesen »Beistand ist nötig, nicht Widerstand« davon eine Ahnung haben. Die ersten vier Thesen (und die letzten) klingen dann auch sehr akzeptabel. Natürlich gibt es kein staatlich verbrieftes Asylrecht der Kirchen oder der Tempel (mehr). Protest gegen Abschiebung und Abschiebehaft ist deren moralisches Recht, die die Lage von Flüchtlingen aus eigener Arbeit besser kennen als der pflichttreueste Beamte. Rechtssetzung ist nichts Statisches, sondern bedarf geradezu der immer neuen Infragestellung in all den Fällen, in denen geltende Paragraphen nicht ausreichen, um Menschlichkeit zu wahren.

Aber die beiden Thesen 5 und 6 in der Mitte des Ganzen fordern Kritik und Einspruch heraus. In der 5. These wird unterstellt, Beistand dürfe nur »Abhilfe im einzelnen Notfall, nicht Mittel zur Änderung der Rechtsordnung« sein. Das setzt dann doch ein rein statisches Verständnis von »Recht« voraus. Aber kein codiertes Recht kann für alle auftretenden Fälle ausreichen. Kein Paragraph kann ewig gelten. Einspruch durch Wort und Tat ist immer nötig, um die Gesetze bzw. ihre Anwendungsmodalitäten offen zu halten für notwendige Neuinterpretationen. Aber das ist ein gesellschaftliches Problem, das die ganze Öffentlichkeit angeht. Da müssen sich Rechtsphilosophen zu Wort melden. Für Christen macht die Stellungnahme der EKD an diesem Punkt schmerzlich die immer noch bestehende Abhängigkeit der offiziellen Kirchengremien von der Tradition des Staatskirchentums deutlich.

Einzelchrist gegen Gemeinde/Kirche: ein fragwürdiges Spiel

Und dann wird es theologisch bedenklich. Welche Vorstellung von Kirche steht dahinter, wenn die 6. These lautet: »Eine

gewissenbedingte Rechtsverletzung kann nur persönlich verantwortet werden.

Wo Hilfe in rechtswidriger Form, etwa durch Verstecken von Ausländern vor Behörden, gewährt wird, darf nicht die Kirche als handelnde oder verantwortliche Institution in Anspruch genommen werden. Wer bei seiner Hilfe für Bedrängte nach ernsthafter Prüfung der Sach- und Rechtslage aus Gewissensgründen gegen gesetzliche Verbote verstößt, muß das allein verantworten und die Folgen seines Handelns selber tragen. Die Bereitschaft, sich dem Vollzug im Wege des zivilen Ungehorsams zu widersetzen und die rechtlichen Konsequenzen dafür zu tragen, ist dann und nur dann als Gewissensentscheidung zu respektieren, wenn sie das Ziel hat, an Leib und Leben bedrohten Menschen zu helfen. Die Kirche kann solche Entscheidungen weder anstelle der einzelnen Christen treffen noch zu ihnen aufrufen. Wer die Kirche oder eine bestimmte Gemeinde in den Rechtsbruch hineinziehen will, begründet damit Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner persönlichen Gewissensentscheidung.«

Damit hat die »Kirche« – besser: die, die sich für die Kirche halten – ein für alle Mal ihre Hände in Unschuld gewaschen. Man sieht sie förmlich in solcher Waschwang-Attitüde vor sich: »Wir doch nicht! Das sind nur einzelne Christen, die so etwas tun!« Liberal, wie man ist, macht man vor der Gewissensentscheidung des Einzelnen Halt. Und doch offenbart sich darin das ganze Elend einer liberalen Ekklesiologie. Die »Kirche« – was immer man sich darunter vorstellt, der Gedanke an eine seelenlose Institution drängt sich auf – bleibt im herkömmlichen Einvernehmen mit dem jeweils existierenden Staat und seiner Auslegung von Gerechtigkeit.

Verleugnung der Kirche als Gemeinschaft

Hätte die Bekenntnissynode von Barmen 1934 ebenso gedacht, dann hätte es

allenfalls »bekenkende Einzelchristen und -christinnen« gegeben, aber keine »bekenkende Kirche«. Damit soll nicht die Situation von 1994 mit der von 1934 verglichen werden, beileibe nicht, aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß hier ein unüberhörbarer theologischer Widerspruch einzulegen ist. Die Wiederentdeckung der Bibel als Buch der Kirche und Gemeinde wird rückgängig gemacht. Eine solche Rede ist ein Rückfall hinter die ekklesiologische Neubesinnung dieses Jahrhunderts, ein Wiederauffrischen des alten Liberalismus, dessen schrankenlose Beliebigkeit nur eine Grenze kennt: die Macht des Staates, die untertänigst anzuerkennen ist. Was so verständnisvoll klingt, ist bei Licht besehen die Verleugnung der Kirche als Gemeinschaft, die Preisgabe der »Gemeinde« als Existenzform des christlichen Lebens. Die konkrete Gemeinde braucht sich dann nicht mehr um eine gemeinsame Antwort auf den Ruf des Gotteswortes zu mühen; sie zerfällt ohnehin in Monaden, die in »splendid isolation« ihre Gewissensentscheidungen treffen. Es tritt ein Protestantismus hervor, dessen Tage gezählt sind. Denn Nachfolge Jesu ohne die Gemeinschaft der Gemeinde ist in der Bibel allenfalls als harte Ausnahme gedacht – und immer eine kritische Anfrage an die Gemeinde. Vielmehr: »Wo ein Glied leidet, da leiden alle Glieder mit« (1.Kor 12,26). Die Gemeinde ist ein Leib aus vielen Gliedern, die zueinander gehören und nicht voneinander isoliert werden dürfen. Starke und Schwache sind zusammen Gemeinde. Die konkrete, erlebbare Gemeinde – und ihr Gottesdienst! – muß der Ort sein, an dem Christinnen und Christen ihren Weg der Nachfolge gemeinsam finden und gehen. Die Gemeinde ist die Kirche, nicht die Institution, das Kreiskirchen- oder Landeskirchenamt, auch nicht die Kirchenleitung der EKD. Wo die Gemeinde in solcher Weise preisgegeben oder gar nicht als geistliche Größe wahrgenommen wird, die

handlungsfähig ist, ist das Ende des mitteleuropäischen Protestantismus mit Händen zu greifen. Er geht an seiner eigenen Belanglosigkeit ein. Denn dafür, daß es für Einzelne Gewissensgründe geben kann, einmal anders zu handeln als die offizielle Rechtssetzung, braucht niemand eine Kirche. Da genügt ein liberales Demokratieverständnis.

Ökumenische Solidarität ist gefordert

Dieser ganz und gar theologische Einspruch wendet sich auch gegen die Aufkündigung der Solidarität mit den unzähligen Basisgemeinden in fast allen Teilen der Welt, die ja als Gemeinden, nicht als zufällige Ansammlung von Einzelgewissen, ihre Option treffen, oder z.B. mit der Sanctuary-Bewegung, in der nordamerikanischen Gemeinden – und zwar Gemeinden: protestantische, katholische und jüdische, nicht »Einzelne«! – sich vor allem der Armutsflüchtlinge aus dem ausgebeuteten und marginalisierten Lateinamerika annehmen, gerade weil sie formalrechtlich »illegal« im Lande sind. Die Wurzeln dieser Bewegung in dem Amerika, das schon immer Staat und Kirche getrennt hielt – viele Einwanderergruppen waren ja selbst im alten Europa von den herrschenden Staatskirchen nach damaligem positiven Recht verfolgt worden –, liegen in der »freedom pipeline«, einem Netz von Verbindungen, durch das in der Mitte des 19. Jahrhunderts entflohene Sklaven aus dem Süden der USA in den Norden oder nach Kanada geleitet wurden. (England hatte 1835 die Sklaverei abgeschafft.)

Der freikirchliche Charakter der nordamerikanischen Gemeinden mag auch seine problematische Seite haben und ist vor allem keine automatische Garantie für eine evangeliumsgemäße Option, aber er bringt doch Beweglichkeit und Konkretheit ins Gemeindeleben und gibt unserer starren

volkskirchlichen Situation Denkanstöße, die nicht übergangen werden sollten.

»Barmen« ist aktuell

Einspruch gegen das EKD-Papier kam nicht zufällig aus einer Landeskirche, in der die Erfahrung der »Gemeinden unter dem Kreuz« beheimatet ist und das Barmer Bekenntnis formuliert wurde und besonders verwurzelt ist: Der Moderator des Reformierten Bundes, Peter Bukowski (Wuppertal) klagte die EKD-Thesen zu Recht an, sie würden Einzelne gegen die Kirche oder Gemeinde ausspielen. Und die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das EKD-Papier unüberhörbar in sieben Thesen kritisiert, in denen von Anfang an das Wort »Gemeinde« im Mittelpunkt steht und in jeder These zentral vorkommt (siehe folgenden Artikel)

Nicht zuletzt muß eingeklagt werden, daß die Bibel Buch der Kirche ist und nicht beliebiger Zitatenschatz für individuelle Gewissen. Sie bedarf der Auslegung in der

Gemeinde und durch die Gemeinde, aber sie zielt auch auf Wegweisung nicht nur für Einzelne, sondern für die Gemeinden, die sich – in Gemeinschaft – an der Tora orientieren und Jesus von Nazareth nachfolgen wollen.

Mit alledem ist nicht behauptet, Abschiebungen seien in unserem Staat schlechterdings in jedem Falle inakzeptabel und unmoralisch. Aber die Antenne dafür muß da sein – in den Gemeinden, nicht nur bei vereinzelt Menschen –, daß trotz gut gemeintem geltenden Recht nach Lage der Wirklichkeit solche Unmoralität und Unmenschlichkeit ständig droht.

Und Gemeinden müssen die Möglichkeit haben und den Ruf wahrnehmen, sich – in einem Netzwerk solidarischer Gemeinden (und ein solches sollte eine Landeskirche sein) in heilsamem Widerspruch zu behördlichen Entscheidungen zu engagieren, die dem Niveau des biblischen Humanismus nicht gerecht werden.

Antwort und Einspruch

Die theologischen Thesen der rheinischen Kirchenleitung zu Asylrecht und Kirchenasyl haben einen anderen Gemeindebegriff als das EKD-Papier

1. Zu Auftrag, Recht und Pflicht der Gemeinde Jesu Christi gehört es, bedrohten Menschen beizustehen. Damit versucht sie, der Liebe Christi zu folgen, die allen Menschen gilt, gleich welchen Geschlechts, welcher Rasse oder welcher Nationalität sie sind, und sie versucht so, dem anbrechenden Gottesreich zu entsprechen.

2. Dieses Beistehen der christlichen Gemeinde geschieht grundlegend in dem Eintreten vor Gott und den Menschen (»Intercessio«) in Form von Fürbitte, Fürsprache und Fürsorge. Damit entspricht die christliche Gemeinde ihrer Berufung, an der Seite »des Elenden« zu stehen, »der keinen Helfer hat« (Psalm 72,12). Dazu können in

unserem Bereich heute unter anderem Menschen zählen, die bei uns Schutz und Hilfe suchen, nachdem sie auf Grund von Verletzungen und Bedrohung ihrer Menschenwürde aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder fliehen mußten.

3. Dieser Beistand kann geschehen als gottesdienstliche Fürbitte, öffentliche Fürsprache, Vermittlung von Rechtsschutz, Herstellung kritischer Öffentlichkeit sowie durch seelische und materielle Hilfe.



4. In der Antwort auf das Gebot Gottes »Brich dem Hungrigen sein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!« (Jesaja 58,7) kann es in der Nachfolge Christi geboten sein, das von staatlichen Behörden und Gerichten nicht gewährte Obdach in Räumen der christlichen Gemeinde oder andernorts zu gewähren und damit für sie Verantwortung zu übernehmen.

5. Wenn die staatlichen Behörden und Gerichte Schutzsuchenden Obdach und Bleiberecht nicht gewähren und diesen dadurch schwerwiegende Schäden an Leib und Seele drohen, ist es zu respektieren, wenn sich eine christliche Gemeinde, eine Gruppe oder einzelne in der Gemeinde genötigt sehen, nach gewissenhafter Abwägung als ultima ratio gegen die bestehenden Gesetze und Verwaltungsentscheidungen auch eines demokratischen Rechts-

staates zu handeln. Denn für alle gilt im Konfliktfall: »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen« (Apg 5,20; vgl. Augsbургisches Bekenntnis 16: »Wenn man ... den Anordnungen der Regierenden nicht ohne Sünde folgen kann ...«). Wer in einem solchen Falle staatliches Recht verletzt, muß die rechtlichen Folgen dieses Verhaltens anzunehmen bereit sein.

6. Die christliche Kirche in ihrer Gesamtheit hat das Recht und den Auftrag, in der Öffentlichkeit und bei den staatlichen Stellen für die Achtung solcher Entscheidungen einzutreten. »Sie erinnert an Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten« (Barmer Theologische Erklärung 1934, 6.These; vgl. Denkschrift der EKD »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie«, S. 21)

7. Wenn in diesem Zusammenhang von »Kirchenasyl« gesprochen wird, dann bedeutet es nicht, daß es »heilige« Räume und (Gottesdienst-)Zeiten gäbe, die – der allgemeinen Rechtsordnung entzogen – Schutz bieten könnten; »Kirchenasyl« bedeutet vielmehr, daß die christliche Gemeinde in ihren Räumen Schutzsuchenden Schutz gewährt. Damit will sie zeichenhaft deutlich machen, daß die Gemeinde Jesu als Ganzes ein »Haus lebendiger Steine« (1.Petr 2,5) und der »Tempel Gottes« (1.Kor 3,16f) ist.





Wolfgang Lünenbürger

Zur Zukunft des Religiösen Sozialismus

I. Diese zehn Punkte zur Zukunft des Religiösen Sozialismus sollen zum Widerspruch reizen (auch wenn ich über Zustimmung gleichermaßen froh wäre). Sie wollen ein Beitrag sein zu einer unumgänglichen Diskussion – dabei aber den Blick vor allem nach vorn richten, denn ich denke, daß die Zeit der linken Zerknirschung jetzt vorbei sein sollte.

Religiöser Sozialismus – unter Theologinnen und Theologen ist er vielleicht noch als historische Größe bekannt, der eine oder die andere verbindet »damit eine sehr lebendige Aufbruchzeit in der Kirche« (M. Jepsen in CuS 1/94). Daß es jedoch eine Gruppe gibt, die bewußt an jene »historische Größe« anknüpft – den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) –, eine Gruppe, die, anknüpfend an Entwicklungen in Südamerika, hier neu diese Verbindung sucht – die Christinnen und Christen für den Sozialismus (CfS) –, und eine Gruppe, die aus den speziellen Erfahrungen der DDR entstanden ist – die Initiative Christliche Linke (ICL) –; dieses alles ist weitgehend unbekannt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, gehören doch nur (noch) einige wenige hundert Menschen zu diesen Gruppen und scheint allein der BRSD bereits wieder so weit konsolidiert zu sein, daß sein Überleben gesichert ist und er den Blick in die Zukunft richten kann. Auf ihn bezieht sich dieser Beitrag, denn nur ihn kenne ich. Daß ich mich frage, ob wir uns den Luxus von drei Organisationen leisten können und wollen, sei zunächst nur als Perspektive mitgedacht.

II. »Da schleppen wir die zentnerschwere Last von Leonhard Ragaz & Co. mit uns herum und wissen doch oft genug keine Antwort, wenn wir gefragt werden, was denn Sozialismus sei.«

So oder ähnlich ließe sich vielleicht die Schwierigkeit beschreiben, vor der der Religiöse Sozialismus, vor der der wirklich nicht große Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten steht. Es mag auch der einen oder dem anderen sonst so gehen: Meine Kritik am Kapitalismus wird immer häufiger positiv aufgenommen – nur fordern die Menschen, die meine Kritik bereit sind zu teilen, auch immer häufiger eine Alternative oder wenigstens eine politische Theorie von mir. Und was soll ich da mit dem naiven Fundamentalismus à la Ragaz anfangen, der immer noch durch unsere Gruppen geistert?

Szenenwechsel. Im September 1993 hat die Synode der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche nach einem über einjährigen, vorbildlichen Beratungsprozeß eine Erklärung zu Weltwirtschaft und Gerechtigkeit verabschiedet. Obwohl die Sensibilität durch Referate aus der Zweidrittelwelt, die viel Systemkritik geübt haben, geschärft war, ist das Papier ein Sammelsurium wohlmeinender und teilweise radikaler Absichtserklärungen ohne jedes

Verständnis für die Mechanismen oder gar die Logik des Kapitalismus geworden, in das sogar die haarsträubende Behauptung unbemerkt eindringen konnte, Chancengleichheit, Leistungsgerechtigkeit und Besitzstandsgerechtigkeit seien (gleichberechtigte?) Aspekte der Gerechtigkeit.

III. Beide Geschichten haben zwei gemeinsame Aussagen: (1) Das Gefühl, daß etwas mit »dem Kapitalismus« nicht stimme, und religiöser Fundamentalismus sind schlechte Berater für politische Arbeit. (2) Jenes Gefühl ist im Raum der Kirchen groß genug, um Anknüpfungspunkt für politische Arbeit zu sein. Der Glaube kann den Boden bereiten für die Ablehnung zynischer Endsieggedanken. Religion verlangt geradezu nach Visionen.

IV. Wo stehen wir heute? Ich denke, wir sind weiterhin eine Organisation mit zwei so verschiedenen Beinen, daß es oft fast zum Verzweifeln ist. Die meisten von uns stehen in der einen oder anderen Weise in kirchlichen Zusammenhängen, viele beziehen von dort ihr Einkommen. Zum anderen nennen wir uns Sozialistinnen und Sozialisten. Meine Beobachtung ist, daß wir in letzter Zeit weniger spirituell sind und dafür uns stärker auf die radikale Linke zubewegen. (Um nicht falsch verstanden zu werden: das zweite ist m.E. eine positive Entwicklung!) Dieses verschärft zwar unser Problem mit den zwei Beinen, vergrößert aber, davon bin ich überzeugt, unsere Chancen auf eine Zukunft.

V. Die sozialistische Diskussion und Theoriebildung ist in den letzten Jahren auch ohne uns weitergegangen, und die nachdenklichen Fragen von Christinnen und Christen sind auch ohne uns lauter geworden. Der Religiöse Sozialismus hat m.E. die Aufgabe und Chance, diese Fragen und jene Diskussion in Korrelation zu bringen, d.h. zusammenzuführen.

Beider Sprachen sind ja so verschieden, daß eine Verständigung oft unmöglich scheint. Doch wer genauer hinhört, stellt fest, daß in vielen kirchlichen Gruppen nach dem gesucht wird, was viele sozialistische Gruppen glauben, gefunden zu haben: Es geht hier wie dort um die Logik des Kapitalismus und um die Frage, was dieses für eine politische Theorie bedeutet. Unser Vorteil ist dabei zweifellos, daß bei uns beide Sprachen – die kirchliche und die sozialistische – gesprochen oder wenigstens verstanden werden.

VI. Einschub über die Notwendigkeit einer Theorie. Ich beobachte, daß viele engagierte Christinnen und Christen an der Vielzahl ihrer Aktivitäten schier zerbrechen. Wo muß ich mich denn noch engagieren, alles ist doch gleich wichtig. Meist fehlt hier ein Verständnis von den inneren Zusammenhängen der Probleme. So kommt es, daß ich für Problem A eine Maßnahme fordere, die Problem B verschärft, für das ich mich deshalb im Anschluß einsetze.

Meine Behauptung ist: Obwohl Theoriediskussionen oft langweilig und sinnlos erscheinen, bedeutet ein Theoriedefizit für Linke den Tod durch Ausbrennen (oder die erschöpfte Resignation)! Ohne politische Theorie verzettelte ich mich in tausend je wichtigen Punkten. Für das Bündeln meiner Kräfte und um nicht zu resignieren, brauche ich eine Theorie.

VII. Wir Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten müssen weiter daran arbeiten, den Anschluß an die sozialistische Diskussion zu gewinnen. Wir selbst brauchen eine Vorstel-

lung von der Logik des Kapitalismus, um sie auch anderen als Deutungsversuch anbieten zu können. Die letzten Tagungen des BRSD waren dafür erste Schritte in die richtige Richtung. Doch auch CuS muß m.E. verstärkt Ort dieser Diskussion werden. (Wiederum um nicht falsch verstanden zu werden: Wir brauchen keinen demokratischen Zentralismus, in dem der Vorstand die Linie vorgibt. Wir brauchen die Diskussion, denn nur, wer an ihr teilnimmt, bekommt für sich selbst argumentative Klarheit!) Daß wir uns immer stärker von Dritte-Weg-Vorstellungen und naiven Genossenschaftsträumen verabschieden, läßt mich hoffen, daß uns dieser Umstellungsprozeß gelingen kann.

VIII. Als Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten haben wir spezifische Beiträge zu einer theologischen Theoriebildung – oder besser: könnten wir sie haben. Es kann kein Zufall sein, daß jede Spur einer halbwegs konsistenten Gerechtigkeitsvorstellung zumindest in der deutschen evangelischen Theologie und Frömmigkeit fehlt. Immer mehr Menschen erliegen deshalb der Versuchung einfacher Antworten, wie sie Ulrich Duchrow und andere anbieten.

Ich denke, nur eine neue auch theologische Diskussion um unsere Wurzeln und Wünsche kann uns davor bewahren, auch in Fundamentalismus oder – wie schon oft geschehen – moralischen Rigorismus abzugleiten. Nur eine solche Diskussion wird vielleicht verhindern können, Religiösen Sozialismus als Weltanschauung oder Ziel zu begreifen.

IX. Aus der Weltanschauung unserer Religionen Sozialismus als Ziel zu haben – dieses deutlich zu sagen und begründen zu können, wäre das Ergebnis des von mir vorgeschlagenen Weges: Gesellschaft als auch personalen Prozeß zu begreifen, biologistische und vulgärmarxistische Fehldeutungen zu vermeiden und die »Parousie-Verzögerung« zu ertragen. Andererseits zu wissen, daß ein Kurieren an Symptomen keine qualitative Veränderung bringt, daß aber Veränderungen bei uns, in den Metropolen, beginnen müssen und nicht in der Zweidrittelwelt, obwohl es z.Zt. keine Gruppe gibt, die eine solche Veränderung tragen könnte. Unser Ort ist also – und das unterscheidet uns ganz wesentlich von den Kirchen und Bürgerinnen- und Bürgerinitiativen – nicht staatstragend, sondern der der Opposition.

X. Von hier aus wird verständlich, wo ich die Zukunft des Religiösen Sozialismus als religiöse und politische Bewegung sehe: in der Bildungsarbeit, in der Teilnahme am wirtschaftlichen Alphabetisierungsprozeß, den der ÖRK ausgerufen hat.

Es kann, so denke ich, nur darum gehen, Menschen, die jene Fragen des Unbehagens stellen, ein Angebot der Deutung zu machen, ein Angebot an politischer Theorie; Menschen zu überzeugen, daß die von ihnen erlebte Krise mit der Logik des Kapitalismus zusammenhängt und nur durch dessen Überwindung wirklich gelöst werden kann. (Dieser Vorschlag setzt, das sei der Fairneß halber angemerkt, bereits eine politische Theorie voraus: daß es in der gegenwärtigen Situation für die sozialistische Bewegung darum geht, insofern eine gesellschaftliche Hegemonie zu gewinnen, als bei Eskalation der Krise die Gesellschaft nach »links« und nicht nach »rechts« kippen soll.)

Für uns sind, so denke ich, Menschen in kirchlichen Gruppen, die anfangen, Fragen an den Kapitalismus bzw. an unser System zu stellen, die Zielgruppe. Dieses sind Menschen, deren Sprache wir verstehen und sprechen können. Hier unsere eigenen Überzeugungen und Einsichten sprachfähig zu machen, ist eine lohnende und große Aufgabe: Sozialisti-

sche Ideen für ein verunsichertes Kirchen-Bürgerinnen- und Bürgertum nachvollziehbar zu machen.

Sicher ist alle Euphorie dabei falsch – in einer Zeit, da Fundamentalismus einerseits und moralischer Rigorismus andererseits in den Kirchen fröhliche Urständ feiern, ist unsere Aufgabe wahrlich keine leichte. Daß sie uns dennoch gestellt ist, ist meine Überzeugung.

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/ Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und
Anschrift:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Diese Thesen wurden im April 1994 auf der gemeinsamen Tagung unseres Bundes mit der Initiative Christliche Linke vorgetragen und sollten erläutern, warum wir uns nach der Erstellung der bisherigen »Leitsätze« im Jahr 1977 um eine Weiter- und Neuformulierung bemühen.

Welche Funktion haben »Vorläufige Leitsätze«?

Ich beginne mit der Beschreibung dessen, was »Vorläufige Leitsätze« nicht sein können:

- »Vorläufige Leitsätze« sind nicht
- ein Grundsatzprogramm, das grundsätzlich alles zu regeln versucht
- eine Wegbeschreibung, wie wir zum Sozialismus gelangen
- eine umfassende Analyse des Weltkapitalismus

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

- eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
 - die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,
 - die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem Konto bei der (Kreditinstitut)
- BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein Neu-Abo Alt-Abo

- der bisher fehlende Entwurf, wie der Sozialismus endlich funktioniert
- eine Kurzfassung der Theologien von Barth, Ragaz, Emil Fuchs etc. angereichert mit anderen Theologien
- eine Bündnisschrift, mit der wir so ziemlich alles vereinheitlichen und zusammenführen wollen, was in irgendeiner Weise sozialistisch oder religiös denkt oder fühlt.

»Vorläufige Leitsätze« sind: Eine Darstellung und Zusammenfassung der wesentlichsten Positionen einer Organisation zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Sie haben drei wesentliche Funktionen:

- 1.) »Vorläufige Leitsätze« bilden den Konsens (Minimal- wie Maximalkonsens) der Mitglieder unserer Organisation und stecken somit den Rahmen dessen ab, was im Bund passiert. Diese Funktion nenne ich die integrative Funktion.
- 2.) »Vorläufige Leitsätze« positionieren unsere Organisation in der Öffentlichkeit und machen sie identifizierbar für Gleichgesinnte. Diese Funktion ist als anziehende bzw. attraktive Funktion zu beschreiben.
- 3.) »Vorläufige Leitsätze« errichten in der Außenarbeit für all diejenigen eine Schwelle, die in irgendeiner Weise sozialistisch oder religiös denken oder fühlen, sich vor dem Beitritt zum BRSD zu überlegen, ob sie mit diesem Mindestbestand an gemeinsamen Positionen leben können und somit den Gruppen und dem Bund insgesamt die ständige Diskussion über Selbstverständlichkeiten erspart oder diese zumindest eingegrenzt wird. Es ist legitim, daß Sympathisantinnen und Sympathisanten und neue Mitglieder Erwartungen an den Bund haben, genauso legitim sind auch umgekehrt Erwartungen an InteressentInnen, vor einem Beitritt zu prüfen, warum und mit welchem Ziel dieser erwogen wird. Nicht zuletzt deswegen senden wir seit Jahren all denjenigen, die neu eintreten wollen, unsere derzeitigen Leitsätze und weitere Informationen zu.

Thesen zur »Einführung in die 'Vorläufigen Leitsätze des BRSD' von 1977«.

Vorbemerkung: Es gibt mehrere Fassungen der »Leitsätze«.

a.) Der »Bochumer Entwurf« von 1976; b.) die beschlossene Fassung, die 1977 in CuS veröffentlicht und in die erste BRSD-Bundesbroschüre aufgenommen wurde. Im folgenden als »1981« zitiert; c.) eine geänderte Fassung von 1986, als »1986« zitiert; d.) die derzeitige Fassung von 1991.

Grundsätzlich für meine folgenden Ausführungen ist: die »Vorläufigen Leitsätze« sind ein insgesamt gutes und wichtiges Papier, für das wir uns absolut nicht schämen müssen. Im Gegenteil: Wenn man sich so vor Augen führt, was seitens der Linken in den 70er Jahren an Unsinn formuliert worden ist, können wir sogar ein bißchen stolz darauf sein!

I. »Sitz im Leben«

1. Die Leitsätze waren ein Versuch, sich im Gegensatz zum gerade abgesetzten langjährigen BRSD-Vorsitzenden Heinrich Schleich zu profilieren und zu dokumentieren, daß nicht Schleichs Spalter-Verein, sondern der BRSD die Kontinuität des deutschen religiösen Sozialismus darstellte. Deshalb stellte sich der BRSD bewußt in Paragraph 2.6. in die Nachfolge des Weimarer BRSD. Ebenso wurde im genannten Absatz der »Internationale Bund rel. Sozialisten« genannt, von dem man sich die Anerkennung als deutscher Zweig erhoffte, was dann auch geschah und mitentscheidend für das inhaltliche und dann auch für das organisatorische Scheitern von Schleichs »Bund« war.
2. Eine Zielsetzung der Autorengruppe der Leitsätze war die Kooperation mit der SPD, bei einem Teil war sogar der Wunsch vorhanden, den BRSD wie etwa in Schweden zum Teil der SPD zu machen. Insofern ist die Fassung in Absatz 3.2., daß die Mitgliedschaft im BRSD an die der SPD nicht gekoppelt ist, schon ein Kompromiß!
3. Die Leitsätze enthalten etwa in Abs. 1.1. das Konzept eines »Dritten Weges«, wobei wie bei den mehrere Dutzend bekannter »Dritte Wege« (Kath. Soziallehre, Ahlener Programm der CDU, Anthroposophen, Silvio-Gesell-Anhänger, Titoisten, Anhänger einer »Mixed-Economy« etc.) dies nur in Abgrenzung zu den beiden Hauptwegen »realer Sozialismus« und »realer Kapitalismus« geschieht, ohne diese etwa analysiert zu haben, geschweige denn ein Alternativkonzept zu besitzen. Insgesamt ordnet sich der BRSD damit 1977 im »main-stream« der SPD-Linken ein. Deshalb waren im Kapitel 3 »Kooperation« in 3.2. und 3.3. Parteien und Gewerkschaften im Blickfeld. Erst 1986 wurde der heutige Punkt 3.3. »Bürgerinitiativen und andere Bewegungen« aufgenommen, nachdem bereits die Hoch-Zeit der Bürgerinitiativ-Bewegung vorbei und die Grüne Partei bereits etabliert war.
4. Um im links-kirchlichen Spektrum seine Sonderexistenz legitimieren zu können, war eine Abgrenzung zu den seit 1973 in der BRD bestehenden Cfs notwendig. Diese wurden von »rechts« kritisiert, wobei allerdings die Parteinahme für den Staat Israel sympathisch ist.

In den Leitsätzen von 1981 hieß es über Cfs:

» 3.5. *Christen für den Sozialismus (CFS)*

Mit dieser Bewegung dürften sich besonders zahlreiche Berührungspunkte und Kooperationsmöglichkeiten ergeben. Die Grundgedanken von Cfs stimmen in vielen Punkten mit unseren überein. Gleichwohl sind folgende Unterschiede festzuhalten, jedenfalls nach den gegenwärtig verfügbaren Materialien zur Konzeption der Cfs:

- 3.5.1. *Die Cfs, deren Bewegung in Lateinamerika gegründet wurde, haben viel über Sozialismus in der 3. Welt, wenig über Sozialismus in Europa gesagt. Insbesondere fehlt eine Abgrenzung gegen den Marxismus-Leninismus sowjet-russischer Prägung und eine Einschätzung der politischen Gruppierungen in Westeuropa. Insgesamt gesehen überschreitet das Bekenntnis der Cfs zum Marxismus den Umfang, in dem uns eine Bejahung des Marxismus möglich ist. Von einer Beurteilung der Cfs-Gruppen in den Ländern der 3. Welt halten wir uns zurück, da wir nicht ausreichend Einblick in deren Theorie und Praxis besitzen.*
- 3.5.2. *Die Cfs haben bisher einem theologischen Pluralismus Raum gelassen, der viel zur Kritik, wenig zu neuen Leitgedanken beigetragen hat. So sehr wir ihre Rolle als Anwälte der Angefochtenen und Verzweifelnden anerkennen, so wenig können wir der*

<<Theologie nach dem Tode Gottes>> zustimmen, die ein Flügel der Cfs vertreten hat. Wir sagen: Gott ist als der unaufhörliche Schaffende nicht mit einer dialektischen Entwicklung zu verwechseln, deshalb auch nicht totzusagen, sondern sein Heilshandeln ist ein Argument der Hoffnung gegen menschenunwürdige Verhältnisse.

- 3.5.3. *Im Schlußdokument des 1. Internationalen Treffens der Cfs in Quebec (April 1975) vermissen wir die Anerkennung des Rechtes der Israelis auf einen Staat, ebenso eine Verurteilung des Terrorismus palästinensischer Gruppen. Der Anspruch der Palästinenser auf bessere Lebensbedingungen und auf nationale Identität wird auch von uns bejaht.«*

Die Kritik an Cfs (Punkt 3.5. 1981) wurde mit Ausnahme eines eher kooperativen Satzes (1991, 3.6.) Mitte der 80er Jahre gestrichen, als der erste Versuch der Kooperation mit Cfs lief. Frage: Rücknahme der Kontroverse als Eintrittskarte der Kooperation oder Karl Liebknechts prophetische Äußerung von 1918: »Bevor wir zusammenarbeiten können, müssen wir uns ersteinmal scharf voneinander abgrenzen, weil wir erst dann wissen, worin wir schon übereinstimmen und worüber noch zu reden ist!«

II. Wer hat die »Vorläufigen Leitsätze« verfaßt?

1. Der »Bund« von 1977 bestand aus drei heterogenen Gruppen:
 - a. ca. 20 »Alt-«Mitglieder aus dem Schleichschen BRSD, die in der Tradition des Nachkriegs-BRSD wurzeln, der eine klare Anti-Osten-Stoßrichtung hatte, aber auch pazifistisch-humanistisch orientiert war. Aus diesem Teil stammt m.W. der Teil 2 »Historische Wurzeln«.
 - b. aus einer Gruppe an der kirchlichen Hochschule in Bethel, zu der dann der Ökonom (lange Jahre beim WSI des DGB) und Sozialethiker Katterle stieß. Dieser Kreis sah die Hauptleistung des BRSD darin, den Graben zwischen Arbeiterbewegung und Kirche zu schließen, indem diese das Anliegen der Arbeiterbewegung ernst- und aufnahm. Von dieser Gruppe gingen die Inhalte von 1.2.; 1.3.; 2.2.; 2.3.; 3.1.; 3.4. und 4.5. aus.
 - c. aus der »Bochumer Gruppe« um Prof. Günter Ewald. Dieser Kreis kam aus der SMD, hatte ein Kommunikationsprojekt an der Ruhr-Uni (sog. »Kohlenkeller«) getragen und sich auf dem Umweg über die Schweiz dem Schleichschen BRSD angeschlossen. Dieser pietistisch-evangelikal ausgerichtete Kreis hatte den religiösen Sozialismus in Gestalt von Leonhard Ragaz kennengelernt und ihn in dieser Verkürzung rezipiert. Diese Gruppe setzte die Hauptakzente der »Leitsätze«, wie im folgenden darzustellen ist.

III. Essentials des Denkens von Leonhard Ragaz, wie sie in den Leitsätzen enthalten sind:

1. »Das in die Welt eindringende Gottesreich verändert die Welt. Es geht um die Revolution Gottes« (1.4.)
2. Ablehnung der Gewalt und des Militarismus (1.5.)
3. Marx-Kritik und Rekurs auf die sog. »Utopischen oder Früh-Sozialisten« (2.2.) Der Ragazsche »Heilige Anarchismus« ist allerdings nur angedeutet, da dies bei der SPD kaum auf Begeisterung gestoßen wäre.
4. Die Bedeutung der pädagogischen Arbeit. 4.5. ist eine Nachzeichnung der Grundgedanken von Ragaz, die dieser in seiner Schrift »Die pädagogische Revolution« (1920) dargelegt hatte.

5. Die Lebensgemeinschaftsvorstellung, die Ragaz von Landauer übernommen hatte. »Aus dem Kapitalismus aussteigen!«. Die in 4.6. angegebene Perspektive führte wenige Jahre später zu einer Landkommune eines Teils der Bochumer Gruppe in Beddenberg/Norddeutschland, die aber nur einige Zeit hielt.
6. Die Proklamierung der »Genossenschaften« als Basis und Keimzelle sozialistischer Wirtschaft ist genuiner Ragaz-Anarchismus. Obwohl es auch bei Marx die »freie Assoziation der Produzenten« gibt, ist dieser Strang nicht aufgenommen. Die »Genossenschaftsfrage« hatte im Weimarer BRSD und nach 1945 keine Bedeutung.
7. Die endgültigen Formulierungen in 4.6. sind ein Kompromiß aller drei Tendenzen. Während Bochum genossenschaftlich den Sozialismus vorleben darf, darf Bielefeld-Bethel die »Durchsetzung der Interessen organisieren« und die »Alten« sind mit der »Haltung des Einzelnen und durch die theoretische Arbeit« dabei.

Vorbemerkung:

Der folgende Entwurf ist das Resultat einer sich mittlerweile über 1 Jahr erstreckenden Diskussion über die derzeitigen »Vorläufigen Leitsätze« in den Gruppen und Regionen des BRSD, die uns bereits auf 2 Jahrestagungen beschäftigt hat. Wir sind von drei Fragestellungen ausgegangen:

- Was ist von den »Leitsätzen« historisch überholt?
- Was kann bleiben?
- Was fehlt und muß ergänzt werden?

Grundlage dieser Diskussionen war ein Entwurf der Berliner Gruppe, der erstmalig auf der Frühjahrstagung 1994 diskutiert werden konnte. Zu einigen Abschnitten lag ein Änderungspapier von Matthias Nauerth vor, das mitberaten wurde. Für die Theologie-AG hatte Wolfgang Lünenbürger Ergänzungen und Kriterien vorgelegt. Die Diskussionen dieser Tagung und der anschließenden Herbsttagung sind danach eingearbeitet worden. Wir hoffen, daß auf der Herbsttagung 1995 neue »Vorläufige Leitsätze« verabschiedet werden können. Wir laden auch unsere Leserinnen und Leser ein, sich mit Kritik und Stellungnahmen an dieser Debatte zu beteiligen.

Vorläufige Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

1. Einleitung: Allgemeine Zielsetzung

- 1.1. Als Christinnen und Christen sind wir Teil einer Bewegung, die auf Sozialismus zielt. In unserer Arbeit nehmen wir Bezug auf biblische Traditionen und Erfahrungen. Wo Menschen für eine gerechte und humane Gesellschaft kämpfen und sich nach Befreiung von Unterdrückung sehnen, erkennen wir die Hoffnung auf das Reich Gottes, von der der Schweizer religiöse Sozialist Leonhard Ragaz sagt: »Gottes Reich ist nicht von

dieser Welt, aber für diese Welt!« Wir wissen: Das Reich Gottes ist uns nicht verfügbar; dennoch ist es unsere Aufgabe, daran mitzuarbeiten. Den Weg des Sozialismus sehen wir als eine unserer Möglichkeiten, am Reich Gottes mitzuarbeiten.

- 1.2. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.
- 1.3. Wo wir als Christinnen und Christen innerhalb von Kirchen und Religionsgemeinschaften leben, achten wir darauf, daß sich in ihnen die folgenden biblischen und theologischen Impulse durchsetzen können:
 - Option für die Armen (d.h. unter anderem Zuwendung zu den gesellschaftlich Ausgegrenzten und Hinwendung zum Fremden)
 - Bewahrung der Schöpfung
 - gesellschaftliche Arbeit in der Nachfolge Jesu und der Jesusbewegung.
 In ihrer Geschichte haben sich die Kirchen aller Bekenntnisse nur selten auf die Seite der Unterdrückten und Entrechteten gestellt und dadurch das Evangelium verfehlt. Das Erbe der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten nach 1918, die ökumenische Bewegung und die Bekehrung weiter Teile der Kirchen »durch die Armen« im Zusammenhang der »Theologie der Befreiung« in den letzten Jahrzehnten führte inzwischen in den Kirchen, die sich in ihrer Geschichte so gleichförmig dem Kapitalismus angepaßt haben, zu einer Öffnung, die zu einer grundlegenden Erneuerung führen kann.
- 1.4. Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten sind wir für alle theologischen Richtungen offen, die keinen Absolutheitsanspruch erheben und sich einem rationalen Diskurs nicht verschließen. Theologien und Kirchen dürfen nicht hinter die bürgerliche Aufklärung zurückfallen, wie es in den christlichen Kirchen leider von fundamentalistischen Gruppen angestrebt und versucht wird. Dogmatismus, Fanatismus und moralischen Rigorismus lehnen wir ab. Innerhalb der sozialistischen Bewegung geben Christinnen und Christen darauf acht, daß nicht »der Zweck die Mittel heiligt«. Seine Feinde zu lieben, bedeutet dabei aber z.B. nicht, Konflikte zu umgehen, sondern nach gewaltfreien Wegen zu suchen, um Gegensätze auszutragen und zu überwinden. Gewalt kann nur ein letztes Mittel sein, wenn andere Wege versagen.
- 1.5. Als religiöse Sozialistinnen und Sozialisten setzen wir uns für eine radikale und grundsätzliche Veränderung der privat-kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu einer sozialistischen Gesellschaft durch einen Prozeß der Solidarisierung, Selbstbestimmung und Vergesellschaftung ein. Von diesem Prozeß erwarten wir, daß er schwierig und langwierig sein wird. Der unmittelbare Ansatzpunkt unserer Arbeit ist die Situation in der Bundesrepublik und in Europa.
- 1.6. Die kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, daß ihre Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen. Die sozialistische Bewegung ist seit ihren Anfängen als Protestbewegung gegen diese, dem Kapitalismus innenwohnende Tendenz zu verstehen. Als Teil dieser Bewegung stellen wir fest: Unser kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist über Privateigentum an den Produktionsmitteln und freie Konkurrenz an Profitmaximierung und Warenproduktion orientiert und wird dadurch den Bedürfnissen der Menschen und dem, was sie

benötigen, nicht gerecht. Diese Gesellschaftsordnung produziert Arbeitslosigkeit, Armut, ökologische Zerrüttung und weltweite Verelendung, selbst bei gleichzeitig steigenden Profitraten, und löst ihre periodisch auftretenden Krisen durch Problembewältigung auf die Schwächsten. Wir sind der Überzeugung, daß der Kapitalismus auch in Zukunft diese von ihm erzeugten und reproduzierten Probleme lediglich zu verwalten, nicht aber zu lösen imstande sein wird, da die Probleme strukturell bedingt sind und systematischen Charakter haben. Die kapitalistische Ordnung der Produktion, Verteilung und des gesellschaftlichen und privaten Verbrauchs selbst steht der Lösung dieser Probleme entgegen.

- 1.7. In unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sind die Menschen weitgehend nicht selbstbestimmt handelnde Subjekte, sondern sie werden als Abhängige fremdbestimmt und zu Objekten der Produktionsverhältnisse erniedrigt. Dies betrifft auch ihre Rolle als Konsumentinnen und Konsumenten, denn die moderne kapitalistische Bedürfnisweckung und -steuerung und die damit einhergehende zentralistische Lenkung des Konsumsverhaltens sind Fremdbestimmungen, denen sich nur wenige entziehen können. In der kapitalistischen Gesellschaft erscheinen alle sozialen Beziehungen der Individuen zueinander als gesellschaftliche Beziehungen der Sachen. Dieses Phänomen wurde in der sozialistischen Theorie als Entpersönlichung, als Verdinglichung bezeichnet. Für uns folgt daraus, daß der Kampf für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das vernünftige Ziel von Sozialistinnen und Sozialisten war und bleibt. Es gilt, die Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen, das Leben der Wenigen auf Kosten der Vielen zu überwinden und eine demokratische Gesellschaftsordnung durchzusetzen, in der die Klassengegensätze abgeschafft, die Teilhabe aller am Sagen und Haben durchgesetzt sind und vernunftgeleitete Planung möglich wird.

Es gilt, einen Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung zu beschreiten, in der die Verdinglichung der Menschen überwunden werden kann. Zweck, Inhalt und die Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung müssen vom grundlegenden Prinzip einer konsequenten Demokratisierung des Wirtschaftslebens ausgehen. Diese Demokratisierung können wir uns nur als basisdemokratisches Selbstverwaltungsmodell vorstellen.

»Der Sozialist kämpft für eine strukturelle Veränderung, insofern ist er revolutionär. Die Veränderung, um die es geht, ist ein langer Prozeß, insofern denkt er evolutionär.« (Helmut Gollwitzer)

- 1.8. Uns ist bewußt, daß die Durchsetzung der sozialistischen Demokratie auf größte Widerstände stößt.
- Wir sehen die Fähigkeit des kapitalistischen Systems, gerade auch seine Opfer an sich zu binden, indem die zerstörerischen Folgewirkungen als schicksalhafte Naturereignisse erscheinen und durch die Hoffnung auf zukünftige Privilegien gegenwärtige Loyalität auch bei den Unterprivilegierten sichergestellt werden kann.
 - Wir sehen die Bereitschaft weiter Teile der herrschenden Eliten in den kapitalistischen Zentren, jede Art von fundamentaler Systemveränderung effizient zu verhindern, unter Androhung und Anwendung aller zur Verfügung stehenden ideologischen und militärischen Mittel.
 - Wir sehen die geringe Akzeptanz für sozialistische Politik und Inhalte in der Öffentlichkeit durch die Gleichsetzung solcher Ansätze mit dem, was »im Namen des Sozialismus« in der Vergangenheit Menschen angetan wurde.

– Wir sehen auch, daß durch den Zusammenbruch der »real-sozialistischen« Ostblockstaaten die Resignation im Angesicht des übermächtig erscheinenden kapitalistischen Weltsystems auch bei solchen Sozialistinnen und Sozialisten zugenommen hat, die sich mit diesem »Realsozialismus« nie identifizierten.

So droht in dieser Gesellschaftsordnung ausschließlich jene Geisteshaltung als vernünftig anerkannt zu werden, die sich mit der unvernünftigen kapitalistischen Produktionsweise einverstanden und sie als beste aller Welten erklärt.

Dagegen halten wir daran fest, daß die Überwindung des Kapitalismus und die Durchsetzung einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung von Vernunft und Moral geboten bleiben und daher auch in Zukunft die Zielrichtung für unser politisches Handeln bestimmen werden.

- 1.9. Diese Überwindung des Kapitalismus und der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung erfaßt die Gesellschaft als Totalität. Sie verändert nicht nur das Eigentum an Produktionsmitteln, sondern betrifft ebenso die Formen und die Inhalte des menschlichen Zusammenlebens. Der Bereich der Geschlechterverhältnisse, der Erziehung, der Ausbildung, der Sozialbezüge, der Stellung im Arbeitsprozeß, die Rolle der Medien und der Kulturindustrie, der Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen sind in der Geschichte der sozialistischen Bewegung nur unzureichend beachtet worden. Für eine neue sozialistische Bewegung, zu der wir uns zählen und an deren Stärkung wir mitarbeiten, sind diese Bereiche keine zu vernachlässigenden Nebenwidersprüche mehr, sondern zentrale Fragen und Aufgaben, an denen sich die Legitimation und die Chancen einer sozialistischen Alternative entscheiden.

- 1.10. Das Scheitern des staatssozialistischen Weges im Osten (»realer Sozialismus«) und das ebensolche Scheitern (allerdings nicht in so spektakulärer Form wie beim »Realsozialismus«) des sozialdemokratischen Sozialstaats-Sozialismus stellen einen nicht-staatsfixierten Sozialismus auf die historische Tagesordnung. Macht- und Herrschaftsverhältnisse wie z.B. Hierarchien und Bürokratien müssen abgebaut werden. Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist für uns die notwendige Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft, aber nicht ihr zentraler oder gar alleiniger Inhalt.

2. Historische Wurzeln

- 2.1. Die Bezeichnung »religiöse Sozialistinnen und Sozialisten« ist in Deutschland 1919 in einer bestimmten historischen Situation und Kampfstellung entstanden. Diese Bezeichnung ist eine Quelle ständiger Fehlinterpretationen und Mißverständnisse. Nicht gemeint ist:

- religiös im Sinne eines allgemeinen Religionsbegriffes (Jede/r glaubt doch an irgend etwas!)
- »religiöser Sozialismus« als etwas unterschiedliches zu nicht-religiösen Sozialismusdefinitionen und Konzeptionen (dies hat die CDU 1947 als »christlichen Sozialismus« im Ahlener Programm versucht und manche Vertreter der SPD nach dem Zusammenbruch des Ostblocks)
- die Ineinssetzung von Reich Gottes und Sozialismus
- die Herbeiführung des Reiches Gottes durch menschliches Tun.

Mit »religiöse Sozialistinnen und Sozialisten« war und ist immer gemeint:

a.) wir sind als Christinnen und Christen zugleich Sozialistinnen und Sozialisten.

b.) wir sind dies aus christlichem Glauben heraus, wir warten auf Gottes kommendes Reich – aber wir warten »tätig«.

c.) Die Verwirklichung des Liebesgebotes und die Befreiung des Menschen durch Jesus läßt uns nach sozialistischen Konzeptionen suchen, in denen die gegenseitige geschwisterliche Hilfe und die Möglichkeit und die Selbstentfaltung des einzelnen Menschen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind.

2.2 Sozialismus

a.) Frühsozialismus:

Etwa seit Beginn des 19. Jahrhunderts machten sich vor allem in Frankreich und England politische Lehren bemerkbar, die ideengeschichtlich als »utopischer oder Früh-Sozialismus« eingeordnet werden. Der Begriff »Sozialismus« wird seit 1830 gebraucht und bedeutete im damaligen Kontext eine neue Lebensform. Der »utopische Sozialist« Karl Grün sprach vom Sozialismus als dem »alles bezeichnenden Wort für die neue Epoche, für die neue wahre Bildung; das schön unruhige Wogen der Menschheit im sichern Kahne neuer organischer Lebensgesetze wird wesentlich und durchaus sozial sein.« Der »Frühsozialismus« brachte eine Vielzahl unterschiedlichster Modelle und Ansätze heraus, die allesamt eine bessere Gesellschaft schaffen sollten. Da konkurrierte ein Agrarsozialismus mit Modellen, in denen das Geld abgeschafft war, Vertreter von Konzepten, die auf Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln abzielten, mußten sich in den eigenen Reihen mit Verfechtern des Privateigentums auseinandersetzen.

In dieser Vielzahl von Tendenzen und Ansätzen gab es auch eine Strömung, die von einem Bergpredigt-Christentum ausgehend argumentierte. So trat etwa Moses Heß (1812-1875) für eine »Religion der Liebe und Menschlichkeit« ein. Schon vor ihm hatte der französische Priester und Abt Felicite de Laménais (1782-1854) die Vision eines Gottesreiches auf Erden entworfen. Dieses Gottesreich verwirklichen bedeute, die natürliche Gleichheit und Freiheit der Menschen sowie die Brüderlichkeit unter ihnen wiederherzustellen. In Deutschland ist dieser »Liebeskommunismus« vor allem mit der Person des Schneiders und »Handwerker-Kommunisten« Wilhelm Weitling (1808-1878) verbunden. Weitling vertrat im jesuanischen Sinne die Gütergemeinschaft und entwarf eine Verfassung der künftigen kommunistischen Gesellschaft, die bereits Anklänge an spätere rätekommunistische Konzepte aufweist.

b.) Anarchismus

Ein bedeutsamer Traditionstrang ist die breit ausdifferenzierte Bewegung des Anarchismus. Anarchismus wird zu Unrecht auf seinen kleinen terroristischen Flügel reduziert, und die theoretischen und praktischen Leistungen werden ignoriert. Der Anarchismus wurde oft durch die Brille bürgerlicher und stalinistischer Darstellung gesehen und verzerrt und als Synonym für Unordnung und Chaos betrachtet. Der französische Anarchist Pierre Joseph Proudhon definierte Anarchie demgegenüber so: »Anarchie ist nicht Chaos, sondern Ordnung ohne Herrschaft«. Im Zentrum des Anarchismus, der von vielen seiner VertreterInnen auch als »libertärer Sozialismus« definiert wird, steht der sozialistische Freiheitsgedanke und die Abschaffung des Staates, der als Zwangsgewalt verstanden wird. Wesentlich ist die Freiheit des Individuums und seine Assoziation mit anderen. Gegen den in der marxistischen Arbeiterbewegung herrschenden

Zentralismus setzte die anarchistische Kritik auf dezentrale Strukturen, gegen die Tendenz der Bürokratisierung die Selbstverwaltung der ProduzentInnen und KonsumentInnen. Sozialismus ist keine Parteisache, sondern die Sache der Menschen selbst! Auch wenn es der anarchistischen Bewegung nicht gelang, ihre Ziele zu realisieren, und es über kleine Ansätze etwa 1920/21 in der Ukraine und 1936 in Katalonien nicht hinausging, hat die anarchistische Bewegung wichtige Impulse für Theorie und Praxis religiöser SozialistInnen geliefert. So hat etwa der Anarchist Gustav Landauer stark Martin Buber beeinflusst und auch die Kibbuzibewegung steht in der Traditionslinie anarchistischer Kommunen. Leonhard Ragaz zog Analogien zwischen dem »heiligen Anarchismus« der Bibel und einem Anarchismus, wie er etwa von Tolstoj vertreten wurde. Gerade nach dem Ende der staatssozialistischen Experimente ist es wichtig, sich der Kritik des Anarchismus an einer »Verstaatlichung« des Sozialismus zu erinnern und die Anfragen nach individueller Freiheit, kommunitärem Aufbau, Selbstverwaltung und Dezentralisierung aufzunehmen.

2.3. Marxismus

a.) Marxismus als pluraler Marxismus

Der Marxismus, verstanden als Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, ist wirksam als radikale Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Hierin liegt für uns die bleibende Aktualität marxistischer Ansätze. Wir wählen den Plural bewußt, denn den »einen« Marxismus hat es schon zu Lebzeiten von Marx nicht gegeben. Das Werk von Marx und Engels teilt das Schicksal der Interpretationsfähigkeit mit vielen Philosophen, und bei Gesellschaftswissenschaftlern wie diesen ist die Vielzahl der Interpretationsmöglichkeiten eher noch größer. Dies belegt die kaum noch zu überblickende Zahl von »Schulen«. Amgesichts starker Bestrebungen in der Öffentlichkeit, mit dem Verweis auf Irrtümer von Marx und Engels sich auch ihrer zutreffenden Gesellschaftsanalyse zu entledigen, stellen wir fest: Ein pluraler Marxismus, verstanden als Soziologie, d.h. als Theorie gesellschaftlicher Entwicklungen, ist für uns überaus nützlich und bei der Beurteilung gesellschaftlicher Vorgänge unverzichtbar.

Die Schwächen der marxistischen Theorie, wie z.B. Ausblendung der ökologischen Fragestellung und die Bewertung der Frauen(/Männer)-Frage als Nebenwiderspruch gilt es in der Fortentwicklung der Theorie aufzuheben.

Allerdings wissen wir uns mit Marxistinnen und Marxisten in der Ablehnung verschiedener Marx-Deutungen einig.

– Dazu gehört ein Marxismus, der zur Behördenverwaltung durch das ZK einer Partei führt, welches verfügt, was im Sinne des »Marxismus« falsch oder richtig zu sein hat.

– Dazu gehört ein Marxismus, der sich zu einer totalen Philosophie aufwirft, ideologisiert, kanonisiert und undialektisch zu einer Weltanschauung gerinnt, vor der sich Religion, Philosophie und alle anderen Wissenschaften zu verantworten haben. Der ideologische Kollaps der ehemaligen Ostblock-Staaten ist auch ein Ausfluß dieser Marx-Fehldeutungen.

– Dazu gehört ein Marxismus im Sinne einer Theorie, die entweder ganz zu akzeptieren ist, oder gar nicht. Eine solche Forderung widerspricht allen Voraussetzungen wissenschaftlichen Denkens.

Im Gegensatz zu denen, die an den Marxismus »glauben« und denen, die von uns eine Distanzierung vom Marxismus verlangen, halten wir an den Errungenschaften von 130 Jahren marxistischer Theorie- und Strategiebildung fest.

b.) Leninismus

Lenin und die alte Garde der Bolschewiki haben eine Revolution in einem Land durchgeführt, in dem alle Voraussetzungen für einen Sozialismus fehlten. Dies wissend, weigerte sich Lenin lange, von einer »sozialistischen Revolution« in Rußland zu sprechen und sah in keiner Weise die russische Erfahrung als Vorbild und nachzuahmendes Beispiel für die internationale sozialistische Bewegung an. Erst die Isolierung Rußlands durch das Ausbleiben der Revolution im Westen und der daraufhin proklamierte Aufbau des »Sozialismus in einem Land« und die Kanonisierung eines »Marxismus-Leninismus« durch Stalin und seine Epigonen machte die Ausnahme zur Regel. Die Herrschaft der Sowjets (= Räte) wurde durch die Herrschaft der Bürokratie ersetzt, in der Partei herrschte erst das ZK und dann nur noch Stalin, Abweichler wurden erst wie Trotzki ins Exil geschickt, später zu Millionen umgebracht. Die Diktatur des Proletariats wurde zu einer Diktatur über das Proletariat pervertiert.

Gegenüber dieser Ausprägung des Leninismus, die kenntlich machte, zu welchen fürchterlichen Konsequenzen Systeme kommen können, in denen der Zweck die Mittel heiligt und in der die bürgerliche Demokratie, statt zu einer sozialistischen Demokratie weiterentwickelt zu werden, ersatzlos abgeschafft wurde, vertreten wir den Gedanken und das ursprüngliche Konzept einer sozialistischen Demokratie.

Streikrecht, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Reise sind kein Luxus, sondern unverzichtbare Voraussetzungen eines Sozialismus, für den sich Menschen engagieren können. Auch im Sozialismus wird es weiterhin einen Streit unterschiedlicher Positionen geben. Diese Positionen bedürfen ihres organisatorischen Ausdrucks, seien es nun Parteien oder andere Organisationsformen.

2.4. Der historische Strang des religiösen Sozialismus

In Anknüpfung an den »Liebeskommunismus«, wie er von der christlichen Urgemeinde berichtet wurde (Pazifismus, Gütergemeinschaft etc.), zieht sich durch die Kirchengeschichte eine Unterströmung von sozialen und revolutionären Ideen und Bewegungen. Diese Unterströmung trat manchmal als Teil der »offiziellen Kirche« in Erscheinung, zu nennen sind hier u.a. Thomas von Aquin, Thomas Morus (der Verfasser von »Utopia«) und der Jesuitenstaat in Paraguay. Häufiger aber standen diese Bewegungen im Widerspruch zur »offiziellen Kirche« und wurden von dieser ausgegrenzt, verfolgt, ihre Anhänger getötet. Als einige Beispiele seien die Franziskaner-Spiritualen, die Beginen, die Waldenser, die Anhänger Wyclifs, die Hussiten und die Täufer genannt. Evangelische und katholische Kirche verfolgten ihre jeweiligen Ketzer in einer beinahe »Ökumene von oben«. Diese Ideen haben aus den unterschiedlichsten Entwürfen heraus immer wieder fortgelebt.

Als 1899 und 1900 mit Christoph Blumhardt, einem Pietisten, und Paul Göhre, einem Liberalen, unabhängig voneinander zwei bekanntere evangelische Theologen der SPD beitraten, begann eine Bewegung zu entstehen, die ihren Ausdruck und ihre Form im religiösen Sozialismus fand. Von Anfang an kamen religiöse Sozialistinnen und Sozialisten aus den verschiedensten theologischen Lagern des jüdisch-christlichen Spektrums. Es gehört zu den Kennzeichen des religiösen Sozialismus, selbst keine neue theologische Richtung geschaffen zu haben. Auch die oft mit dem religiösen Sozialismus gleichgesetzten Theologien der Schweizer Hermann Kutter und Leonhard Ragaz sind nur zwei von vielen Entwürfen, die diese Bewegung geprägt haben. Nach 1920 wendeten sich verstärkt auch Mitglieder des liberalen evangelisch-sozialen Kongresses dem

Sozialismus zu. So fanden sich im Religiösen Sozialismus schon bald neben Liberalen und PietistInnen auch orthodoxe LutheranerInnen, katholische MontanistInnen, AnhängerInnen der dialektischen Theologie wie auch orthodoxe, zionistische und liberale Jüdinnen und Juden. Diese Liste läßt sich heute, nach fast 100 Jahren, sicher noch erweitern. Aus der Arbeit religiöser Sozialistinnen und Sozialisten sind der Theologie wichtige Anstöße erwachsen. Vor allem die evangelische Sozial- und Wirtschaftsethik hat davon profitiert.

Dieses Erbe der theologischen Pluralität und Kompetenz gilt es in Zeiten, in denen auf der einen Seite Fundamentalismus und auf der anderen moralischer Rigorismus fröhliche Urständ feiern, zu bewahren und neu zu beleben.

Die Suche nach einer neuen Spiritualität war der Laiinnen- und Laienbewegung religiöser Sozialismus ein wichtiges Anliegen. Schon früh wurden Gottesdienste und andere Formen von Glaubensfeiern (z.B. zum ArbeiterInnenkampftag, zum Anti-Kriegstag etc.) erprobt. Auch dieses Bemühen um eine Verbindung von Spiritualität und politischer Arbeit gilt es heute weiterzuführen und weiterzuentwickeln.

2.5. Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD)

Nach dem 1. Weltkrieg bildeten sich in Baden, Thüringen, im Rheinland und in Norddeutschland Gruppen religiöser Sozialistinnen. Im Dezember 1919 entstand in Berlin die erste Organisation, die den Namen »Bund der religiösen Sozialisten« trug. 1924 schlossen sich diese regionalen Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen und 1926 entstand daraus die Reichsorganisation des BRSD.

1933 bestanden 11 Landesverbände mit ca. 25.000 Mitgliedern. An überregionalen Organen erschien die Wochenzeitung »Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes« und die theoretische »Zeitschrift für Religion und Sozialismus«. Neben den Landesverbänden bestanden:

- eine AG der katholischen Sozialisten, die von Heinrich Mertens und Otto Bauer geleitet wurde
- und eine AG jüdischer Sozialisten, die besonders stark in Berlin und Frankfurt vertreten war
- die Bruderschaft sozialistischer Theologen, die 1930 210 von 16.000 ev. Pfarrern umfaßte.

Von seinem Ursprung her war der BRSD ein doppelter Versuch :

- einerseits ging es darum, in der bürgerlichen-deutschnationalen Kirche das »Heimatrecht« für sozialistische Arbeiterinnen und Arbeiter durchzusetzen und die Kirche so zu verändern, daß sich diese auch in ihr wohlfühlen konnten. Dies charakterisiert den BRSD als Kirchenreformbewegung in seinem klassischen Drei-Schritt: »In der Kirche – Gegen die Kirche – Für die Kirche!«
- andererseits war er der Versuch, die sozialistische Option für religiöse (christliche wie jüdische!) Bevölkerungsgruppen aus der Arbeiterschaft und den Zwischenschichten attraktiv und gangbar zu machen!

Der BRSD führte in der Weimarer Republik einen entschiedenen Kampf gegen Militarismus, Nationalismus und sehr früh gegen den aufkommenden Faschismus. Dies machte den BRSD gerade bei der gesellschaftlichen Rechten verhaßt und bedeutete nach dem Beginn der Nazi-Ära sein Ende durch die staatliche Repression. Nach 1945 entstand der BRSD neu. Die 1946 in der SBZ entstandenen Regionalgruppen verfielen der Auflösung, viele ihrer InitiatorInnen flohen in den Westen, einzelne wurden inhaft-

tiert. Im Westen wurde der Bund im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Der »Internationale Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten« wurde 1928 gegründet und umfaßt heute Organisationen in einer Vielzahl von Ländern in den meisten Erdteilen, darunter u.a. in Nicaragua, Schweden, den USA, Österreich und den Niederlanden. Der BRSD ist seit Gründung des Internationalen Bundes Mitglied.

2.6. Die religiösen Sozialistinnen

Eine weitere Wurzel ist die breite Frauenbewegung der Weimarer Zeit. Es war kein Zufall, daß etwa der rheinische BRSD 1929 auf der Kirchensynode ein Vikarinnen-Gesetz beantragte, daß den Frauen die gleichen Rechte wie den Männern im Pfarramt bis hin zur Ordination gewährte. Namen wie Minna Cauer, Lydia Stöcker, Hildegard Wegscheider usw. sind als aktive BRSD'lerinnen zu nennen. Ihrem Wirken ist es zu verdanken, daß sich der Bund in der Bewegung zur Abschaffung des Paragraph 218 engagierte und die Arbeit der von der Frauenbewegung und fortschrittlichen Medizinerinnen eingerichteten Sexualaufklärungs- und -beratungsstellen unterstützte. Der BRSD hatte unter seinen Mitgliedern sehr viele Frauen (z.B. in Berlin lag der Frauenanteil bei ca. 40%), was sich im Gegensatz zu anderen Organisationen auch in den Funktionen auswirkte. Arbeiterinnen, Lehrerinnen usw. waren in vielen Bereichen die Trägerinnen der örtlichen und regionalen Arbeit. Da die bisherige Geschichtsschreibung des religiösen Sozialismus sich überwiegend mit den »großen Männern« beschäftigt hat, ist die Geschichte der religiösen Sozialistinnen noch nicht geschrieben. Diese steht noch aus und wird hoffentlich bald geschrieben werden.

3. Hauptziele und Perspektive unserer Arbeit

3.1. Der »fortschrittliche Block« und die »Hegemoniegewinnung«

In der Weimarer Republik und in den ersten Jahren nach 1945 verstand sich der BRSD als Einheitsorganisation, die Mitglieder christlichen und jüdischen Glaubens umfaßte, die sich politisch in den beiden Arbeiterparteien SPD und KPD beheimatet fühlten. Ebenso war die Mitgliedschaft und das Engagement in den DGB-Gewerkschaften selbstverständlich. Durch die Transformation der SPD zur Volkspartei und die Veränderung der gesamten politischen Landschaft der BRD ist zu konstatieren, daß es eine sozialistische Bewegung in der BRD nur marginal gibt und daß diese gerade im klassischen ArbeiterInnenbereich äußerst schwach ist. In den Parteien links von der Mitte gibt es wie in SPD und PDS nur sozialistische Minderheiten unterschiedlicher Stärke und die Herausbildung einer grün-alternativen Partei hat das traditionelle Parteiensystem nachhaltig verändert. Es gibt seit der 68er Bewegung eine Vielzahl von kleinen Gruppierungen, in denen (auch) SozialistInnen organisiert sind. Die linke Bewegung ist heute keine Parteienbewegung mehr, sondern besteht aus unterschiedlichsten Tendenzen, Motivationen und Konzeptionen. In dieser pluralen und bunten Gesamtheit haben wir unseren Platz im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft.

Der BRSD versteht sich als linke Bündnisorganisation und ist mit keiner Partei verbunden. Wir unterstützen alle Bestrebungen in den Parteien, die auf soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gerichtet sind. Wir sehen für die Zukunft die

Notwendigkeit der Herausbildung eines fortschrittlichen Blocks über die Parteigrenzen hinweg. Dieser »fortschrittliche Block« konstituiert sich aus einer ökologisch neuorientierten ArbeiterInnenbewegung, den sozialen Bewegungen und den progressiven Teilen der Kirchen. Hieran und bei der Gewinnung der gesellschaftlichen Hegemonie für ökologische und sozialistische Positionen mitzuwirken, ist Hauptziel unserer Arbeit.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und das Verhältnis zu Parteien bestimmt sich durch unsere Grundauffassung, wie sie in diesen »Leitsätzen« definiert sind. Auf diesem Hintergrund können wir uns nicht vorstellen, daß derzeit etwa BRSD-Mitglieder sich politisch in CDU oder FDP oder in stalinistischen Sekten wiederfinden können.

Wir fühlen uns mit Gruppen und Bewegungen verbunden, die in basisdemokratischen Strukturen und in der Tendenz in die gleiche Richtung arbeiten wie wir. Dazu rechnen wir Friedensgruppen, Umwelt- und Frauengruppen, Gruppen, die sich für die Solidarität mit der 3/4-Welt engagieren, Initiativen in Schulen und Hochschule, Selbstorganisationen von Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen u.v.m. Ebenfalls wollen wir alternative Netzwerke unterstützen und in ihnen mitarbeiten.

3.2. Wir betrachten die DGB-Gewerkschaften als die historisch als Selbsthilfeorganisationen der Lohnabhängigen entstandenen Organisationen. Hierin haben sie auch heute noch ihre Legitimation. Aber ebenso wie die traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung haben sich auch die Gewerkschaften verändert. Die gesellschaftlichen Brüche und der Niedergang der traditionellen Arbeiterbewegung bilden sich auch in den Gewerkschaften ab, große Einzelgewerkschaften orientieren sich mehr an einer abstrakten Sozialpartnerschaft, was oftmals völlig konträr zu den Interessen der Mitglieder steht, während andere DGB-Gewerkschaften weiterhin vom Interessengegensatz von Lohnarbeit und Kapital ausgehen. Hinzu kommt eine weitgehende Verbürokratisierung, mit der ein immer stärker werdender Verlust der gewerkschaftlichen Ethik einhergeht. Die Skandale um die Neue Heimat, COOP, individuelle Bereicherung von Gewerkschaftsführern etc. macht die DGB-Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer Mitglieder und der übrigen Bevölkerung als gesellschaftliche Alternative immer unglaubwürdiger. Aber die Alternative zum DGB wäre eine atomisierte Masse von Einzelwesen, die individuell mit den Arbeitgebern kämpfen müßte und dabei nur verlieren kann. Wir ermuntern unsere Mitglieder, den Schritt zu einer Organisation in ihrer zuständigen DGB-Gewerkschaft zu tun und sich möglichst aktiv darin betätigen. Dies mit dem Ziel, auch im DGB für die klassischen gewerkschaftlichen Ziele einzutreten: die Demokratisierung der Wirtschaft, Humanisierung der Arbeitswelt, Sicherung der sozialen Systeme und des Wertes der Ware Arbeitskraft, Ausweitung der Mitbestimmung und für eine stärker konfliktorientierte Gewerkschaftspolitik. Wir unterstützen alle Bestrebungen, die Mitgliedsrechte auszuweiten, den Einfluß der Basisgliederungen zu stärken und in den Gewerkschaften eine Kultur des Streites, der Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Nationalitäten und der Generationen zu erreichen.

3.3. Die Kirchen von heute sind nicht mehr die Kirchen der Weimarer Republik. In der katholischen Kirche ist es den herrschenden Konservativen nicht gelungen, alle Veränderungen im Gefolge des 2. Vaticanums zurückzuschrauben, und die Theologie der Befreiung ist immer noch eine wichtige Kraft. Millionen von BasischristInnen und Zehntausende von Priestern und Nonnen stehen an der Seite der Armen, der gesellschaft-

lich Ausgegrenzten und Vergessenen. Auch in Deutschland ermutigt uns das Beispiel und das Zeugnis vieler katholischer Geschwister.

Die evangelische Kirche hatte 1945 die Veränderung von einer mehrheitlich monarchistisch-reaktionären Amtskirche zu einer den kapitalistischen Verhältnissen mehr entsprechenden demokratischen Volkskirche vollzogen. In ihr machte sich der Einfluß des linken Flügels der Bekennenden Kirche und die Langzeitwirkung des religiösen Sozialismus (Stichwort: Darmstädter Wort 1947) im Sinne einer wichtigen Minderheitsströmung bemerkbar. Im Gefolge der 68er-Bewegung bekam diese Minderheit breite Unterstützung. Die Politisierung breiter Teile der Gemeinden durch die Kirchentage, die Friedensbewegung, die Frauenbewegung und die ökumenische und 3/4-Weltbewegung hat es erreicht, daß vielerorts die evangelische Kirche in Verlautbarungen und gesellschaftlichem Zeugnis links von der gesellschaftlichen Mehrheit steht. Demgegenüber ist die Aufnahme sozialer und wirtschaftlicher Fragestellungen als Ursache gesellschaftlicher Probleme kaum geleistet worden.

Den biblischen Auftrag der Kirche als Gemeinde der Jesus Nachfolgenden, wie er uns z.B. in der Bergpredigt (Mt 5-7) begegnet, vergleichen wir mit dem Erscheinungsbild der Kirche in der spät-kapitalistischen Gesellschaft. Wir möchten zu ihrer weiteren notwendigen Erneuerung und Umkehr beitragen. Noch immer stehen viele ChristInnen gesellschaftlichen Systemen und Parteien nahe, die unter Berufung auf vorgebliche christliche Werte soziale und ethnische Ungleichheit oder sogar politische Unterdrückung befürworten: noch immer finden sich ChristInnen, die unter Hinweis auf äußere Feinde (früher der Weltkommunismus, heute der Islam, morgen??) eine Politik der militärischen Stärke, der wirtschaftlichen und politischen Abschottung in der »Festung Europa«, der Rassendiskriminierung und der Privilegiensicherung betreiben.

Wir sehe u.a. unsere Aufgabe darin, in den Kirchen die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Wir solidarisieren uns mit allen Bestrebungen in den Kirchen, die bisherige Rolle der Kirche im Kapitalismus zu überdenken und diese von einer Volkskirche zu einer Kirche des Volkes weiterzuentwickeln.

Wir orientieren uns am Priestertum aller Gläubigen und wenden uns gegen eine Pastorenkirche. Auch in den Kirchen sind die Rechte der Basis, d.h. der Gemeinden zu stärken. Tendenzen zu einer Behördenkirche müssen beseitigt werden.

4. Konkretionen:

Die folgenden Ausführungen sind auf unsere augenblickliche Situation bezogen und bedürfen der regelmäßigen Fortschreibung.

4.1. Basisarbeit

Vordringlich ist eine Erweiterung und Festigung unserer Basis, insbesondere durch folgende Aktivitäten

- Aufbau von lokalen und regionalen Basisgruppen
- Arbeit in thematischen Projektgruppen

- Kooperation mit anderen Gruppen und Mitarbeit in Netzwerken wie z.B. der »Initiative Katholikentag von Unten«
- Informationsarbeit durch Tagungen
- Beteiligung an Kirchentag und Katholikentag
- Herausgabe einer Zeitschrift und von Info-Material
- Vertiefung und Präzisierung des Selbstverständnisses und der Zielsetzungen religiöser SozialistInnen

4.2. Christliche Verkündigung

In Einzelveranstaltungen, Tagungen und ggfs. Freizeiten suchen wir nach Erneuerung im Glauben. Dabei sollen Umkehr und persönlicher Glaube immer in ihre politische Tragweite und Auswirkung eingebunden bleiben. Individuelle Hoffnung und gesellschaftliche Wirksamkeit auf das Reich Gottes hin bilden eine Einheit.

4.3. Individuelle Praxis

Für unsere Arbeit erachten wir als entscheidend, daß die Erfahrungen der einzelnen im Beruf, in der Ausbildung und in der kirchlichen wie gesellschaftlichen Praxis in die Gruppe und den Gesamtbund eingebracht werden. Je nach Gruppentypus kann dies unterschiedlich geschehen:

a.) In einer BRSD-Gruppe, die sich mehr als Reflektionsgruppe versteht, wird ein Beitrag zur Rückkoppelung von Theorie und Praxis geleistet. Zweitens erhält jedeR Mitarbeiter/in Ermutigung und Unterstützung in ihrem/seinem Engagement. Drittens wird das so über die christliche Verkündigung Gesagte konkretisiert. Bei den regelmäßigen Treffen einer derart strukturierten BRSD-Gruppe gehören daher Erfahrungsaustausch, Analyse von Erfahrungen und Zuspruch für die nächsten Schritte eines/einer Jeden in seiner Praxis zu den permanenten Themen.

b.) In einer thematisch ausgerichteten BRSD-Gruppe wird durch Bildungsarbeit, Diskussion und Reflexion versucht, die gesellschaftliche Wirklichkeit von der religiös-sozialistischen Sichtweise her zu betrachten und zu verstehen. Die Erfahrungen der Mitglieder werden hier gebündelt und bilden die Grundlage politischer und theologischer Stellungnahmen. Die konkrete politische Praxis kann nur von den Einzelnen im konkreten Arbeitsfeld geleistet werden, die Gruppe leistet hierzu nach Möglichkeit Hilfestellung.

c.) In einer BRSD-Basisgruppe in einer Kleinstadt, einer Hochschule oder ähnlich überschaubaren Bereichen gibt es auch einen Gruppentyp, der auch als Gruppe eine kontinuierliche praktisch-politische Arbeit ermöglicht. Das betrifft z.B. die Hochschulpolitik etwa an einer Fakultät oder die konkrete Kommunalpolitik über einzelne Aktionen hinaus.

Wichtig ist bei allen verschiedenen Typen der Austausch und die lebendige Wechselbeziehung von Theorie und Praxis. Richtschnur ist für uns der Dreischnitt der Befreiungstheologie: Sehen – urteilen – handeln.

4.4. Stellungnahmen

Im Rahmen unserer Möglichkeiten nehmen wir zu politischen und theologischen Fragen Stellung. Insbesondere sehen wir dort unsere Aufgabe, wo die politischen Parteien und die Großorganisationen teils aus Überzeugung, teils aus Angst vor dem Verlust von Wahlstimmen oder Austritten von Mitgliedern sich nicht oder nicht klar genug gegen menschenunwürdige Handlungen und Verhältnisse aussprechen. Wir erheben unsere Stimme dort, wo wir die Überzeugungen und die Werte der Humanität, des So-

zialismus und der Bibel beider Testamente verletzt sehen. Gegen die herrschende Meinung, die immer noch weitgehend die Meinung der Herrschenden ist, versuchen wir einen kleinen Beitrag zur Aufklärung zu leisten. (Beispiele: Golf-Krieg, Bürgerkrieg in Jugoslawien, Bundeswehreininsatz in Somalia, Abschaffung des Asylrechtes, Wirtschaftspolitik und Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Wohnungsnot). In Kirche und Gesellschaft unterstützen wir Stellungnahmen und Initiativen, die in unsere Richtung gehen und machen gleichzeitig unsere weitergehenden Positionen deutlich.

Aufruf an alle verdienenden Abonnentinnen und Abonnenten

Unterstützen Sie das Abonnement der Nicht-Verdienenden, Unterstützen Sie CuS durch Ihr Förder-Abonnement!

Das Jahresabonnement von CuS kostet seit vielen Jahren 20 DM incl. Versand. Auch als sich die Portokosten von 2,40 DM auf 4,40 DM pro Jahresabo fast verdoppelten, haben wir den Preis nicht erhöht. Der Abopreis ist bewußt niedrig gehalten, um auch Bezieher/innen mit geringem Einkommen ein Abonnement zu ermöglichen. Die Herstellungskosten liegen jedoch bei über 30 DM pro Jahresabo. Die Differenz wird durch die Mitglieder des BRSD e.V., durch Spenden und Förderabos finanziert.

Wir bitten alle verdienenden Abonnentinnen und Abonnenten, ihr 20-DM-Abo in ein Förder-Abo für 30 DM oder mehr umzuwandeln. Schicken Sie uns eine entsprechende Abbuchungserlaubnis, (ein Vordruck befindet sich in jedem Heft), oder geben Sie Ihrer Bank einen entsprechenden Dauerauftrag, (unsere Kontonummer steht im Impressum). Sie unterstützen damit die Herausgabe von CuS und den günstigen Abonnementpreis von 20 DM. Dieser kommt Studierenden und Nicht- oder Geringverdienenden zugute.

Beträge, die über den regulären Abo-Preis von 20 DM hinausgehen, sind als Spende für den BRSD steuerlich absetzbar.

»Der Geist weht rechts«

Drei Vorklärungen und 17 Thesen zum zunehmenden Hegemoniegewinn der gesellschaftlichen Rechten

Vorklärung 1:

Was ist eigentlich »Hegemonie«?

Der Fremdwörterduden übersetzt es so: »Vormachtsstellung, die nicht rechtlich begründet zu sein braucht; faktische Überlegenheit kultureller, wirtschaftlicher, polit. und anderer Art.« (Duden, 1971, S. 267)

Vorklärung 2:

Was bedeutet »kulturelle Hegemonie« und woher kommt der Begriff?

Ausgangspunkt war das Scheitern der italienischen Arbeiterbewegung und der Sieg des Faschismus in Italien. Der italienische Marxist Antonio Gramsci hat 1927 einen Aufsatz über Süditalien mit dem Titel »Das Problem der politischen Führung bei der Bildung und Entwicklung der Nation und des modernen Staates in Italien« verfaßt, aus dem ich eine Kernstelle zitiere:

Die Vormachtstellung einer sozialen Gruppe offenbart sich auf zweierlei Weise: als »Herrschaft« und als »geistige und moralische Führung«. ... Eine soziale Gruppe kann schon vor der Erringung der Regierungsmacht führend auftreten, ja sie muß es sogar (dies gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Eroberung der Macht). Später, wenn sie die Macht ausübt und auch, wenn sie sie fest in der Hand hat, wird sie zur herrschenden Gruppe, muß aber auch weiterhin »führend« bleiben. (S. 32/33 der Ausgabe von 1955).

Während in Rußland die bürgerliche Gesellschaft kaum entwickelt war und die Revolution praktisch »im Sturmangriff«

siegte, lief sich die westeuropäische Arbeiterbewegung in einem breiten und tiefen Stellungssystem der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft tot.

Vorklärung 3:

Was meint »kulturell« in Bezug auf Hegemonie?

Die wirkliche Bastion der bürgerlichen Macht ist das gewöhnliche Leben. In den alltäglichen Handlungen und Beziehungen und, wichtiger noch, in den Gedanken und Einstellungen, die hinter diesen stehen, offenbart sich die Vorherrschaft einer Gesellschaftsklasse. Der Staat kann erst dann erobert werden, wenn diese Hegemonie entschieden bezwungen wurde.

Die »Ergreifung« der Zivilgesellschaft, ist mehr eine Infiltration als eine Übernahme, ein langer und zäher Kulturkampf, in dem die neue Welt langsam und schmerzlich die alte ersetzt. Dann sind »die herrschenden Gedanken« nicht mehr »die Gedanken der Herrschenden«.

Beispiel: Die französische Revolution wurde in den Jahren der Aufklärung gewonnen, nicht während des Aufstandes in den Straßen von Paris. Der Prozeß, nicht die »Ereignisse«, gaben den Ausschlag.

These 1: Um »Hegemonie« geht es in allen kulturellen Bereichen: Es geht u.a. um folgende Problembereiche:

- wer interpretiert Geschichte?
- wer legt in den Kirchen wie fest, was jesuanische Ethik ist?

- wer besetzt welche Themen?
- wie werden Begriffe definiert?
- wer ist schuldig/unschuldig an der deutschen Geschichte?
- wer bestimmt den »gesellschaftlichen Diskurs« und übt die »Meinungsführerschaft« aus?

These 2: 1968 machte deutlich, daß die »alte« deutsche Rechte, also CSU/ CDU und NPD unmodern geworden und nicht mehr in der Lage waren, die Meinungsführerschaft zu behalten. Sie hatten den Übergang von der Frontstellung des »kalten Krieges« zu einer Öffnung nach Osten (die auch ökonomisch wichtig war!) nicht geschafft und waren zusätzlich nicht in der Lage, die Gesellschaft so zu modernisieren, daß Deutschlands ökonomische Vorrangstellung in der Welt gesichert werden konnte. Ich möchte an Begriffe wie »Bildungsnotstand« und »Forschungskatastrophe« erinnern.

These 3: 1969 gab es ein gesellschaftliches Reformklima, da einerseits die CDU die kulturelle Hegemonie bereits verloren hatte und andererseits SPD/FDP auf der Woge der Studentenbewegung, die die ideologischen Apparate erschüttert hatte, in die Regierung gespült wurden. Ich möchte an Begriffe wie »mehr Demokratie wagen« und »Chancengleichheit« erinnern.

These 4: Nach 1969 hatten wir eine SPD an der Regierung ohne Konzept, wie die Macht zu befestigen war (Glotz entdeckte Gramsci erst Ende der 70er), eine Studentenbewegung, die sich in Dutzenden von Parteien transformierte, die alle bereits historisch gescheiterte Konzepte kopierten und eine CDU, in der ein »Brain-Trust« begriffen hatte, daß man nicht nur die Wahl verloren hatte, sondern auch die »Meinungsführerschaft«.

These 5: In der CDU vollzog sich von 1970 bis 1982 ein dramatischer Wechsel. Eine kleine Gruppe von Parteintellectualen um Heiner Geissler, Kurt Biedenkopf und Wulf Schönbohm leitete die Transformation der Union von einer »Honoratiorenpartei« zu einer »modernen Volkspartei« ein. Dies äußerte sich organisatorisch darin, daß die CDU die SPD in der Mitgliederstärke einholte und ihre Organisation effektivierte. Ideologisch besetzte die CDU neues Gelände. Die Ostpolitik der SPD wurde mehr oder weniger offen nachvollzogen. Geissler entdeckte die »neue soziale Frage« und bestimmte mit diesem Konzept lange den öffentlichen Diskurs.

These 6: In einem weiteren zentralen Punkt wurde die SPD ideologisch entmachtet, was damals kaum wahrgenommen wurde. Es ist von dem deutschen Anarchisten Augustin Souchy folgender treffender Satz überliefert: »Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet Sozialismus die Ausweitung des öffentlichen Dienstes auf die Gesamtgesellschaft und damit Beamtenstatus für alle«. Dies war tatsächlich der Kern des »Sozialstaats«. Dagegen setzten Geissler und vor allem Ulf Fink das Konzept der Subsidiarität, der Hilfe zur Selbsthilfe und den aus der Alternativbewegung entliehenen Gedanken der Selbsthilfegruppen. Dieser Strang der »Entstaatlichung« nahm die konservative Staatskritik (Wohlfahrtsstaat) auf, integrierte aber auch »grüne« Ansätze der Kritik am Zentralstaat bis hin zu dem, was später in der DDR-Bürgerbewegung als »vormundschaftlicher Staat« definiert wurde.

These 7: Ein weiterer Versuch der Entmachtung wurde versucht, gelang aber nicht, da er zu früh kam. Es ging um Pazifismus und Sozialismus.

Erinnert sich noch jemand an Heiner Geissler und Auschwitz? »Der Pazifismus



hat Auschwitz erst möglich gemacht!« Oder an Stoiber? »Die Nationalsozialisten waren in erster Linie Sozialisten!« Die Zeit dieser Diskurse sollte kommen.

These 8: 1989 stellte den BRD-Nachkriegskonsens vor eine neue Situation: Bis zu diesem Zeitpunkt war, bei allen Unterschieden im Konkreten, für alle bürgerlichen Parteien Allgemeingut:

- a. Die Shoah, der Völkermord an den Juden ist historisch einmalig, singulär und unser »Volk« hat eine besondere Verantwortung und Verpflichtung der Geschichte gegenüber.
- b. Der 2. Weltkrieg ist von NAZI-Deutschland als imperialistischer Raubkrieg begonnen und geführt worden.
- c. Wir wollen keine Rolle als »Weltmacht« auf dem internationalen Parkett spielen.
- d. Die Bundeswehr verteidigt nur im Kriegsfall und nur im Nato-Bereich.
- e. Politisch Verfolgte genießen Asyl.

Der Anschluß der DDR, der Zusammenbruch des Ostens und der Abzug der »Besatzungsmächte« machten Deutschland zu einem normalen Land. »Ideologi-

sche Rücksichtnahme« war nicht mehr notwendig. Notwendig wurde jetzt die Neubesetzung ideologischer Begriffe, die Neubewertung der Geschichte und der offensive Abschied von dem oben skizzierten Nachkriegs-Konsens.

These 9: Als Verursacher des Rechtsradikalismus im Osten wurde die »autoritäre DDR-Erziehung« denunziert (was einiges für sich hat) und im gleichen Atemzug im Westen »die antiautoritäre Erziehung der 68er«. Dieser letzte Vorwurf wurde seit den 70ern vom rechtskonservativen »Forum Mut zur Erziehung« mit der Leitfigur Christa Meves erhoben, 1993 wurde dies im »grünen Landesinfo NRW« von der hauptamtlichen Redakteurin publiziert. In vielen pädagogischen Publikationen ist seitdem diese These positiv aufgenommen worden.

These 10: Im Golfkrieg und noch massiver am Beispiel Ex-Jugoslawien hat die Rechte der Rest-Linken den Begriff »Frieden« entwunden. Geisslers Satz, »Der Pazifismus hat Auschwitz erst möglich gemacht!«, verfiel jetzt am konkreten Beispiel der bosnischen »KZ's«, und selbst pazifistische »Fundis« wie Eva Quistorp (MdEP-Grüne) und Antje Vollmer forderten die deutsche Intervention.

These 11: Ernst Nolte, Starhistoriker der Rechten (Den offenen Faschisten David Irving zu präsentieren traut man sich noch nicht!), hatte bereits mit der »These vom Weltbürgerkrieg« zwischen Faschismus und Kommunismus den 2. Weltkrieg und Hitlers Einmarsch in der SU als »Reaktion« auf Moskau und dem »Zuvorkommen« des russischen Überfalls legitimiert (Stichwort: Historikerstreit). Danach folgte die These, daß die KZ's dem russischen Gulag nachgebaut wurden und daß der sowjetische »Klassenmord« dem »Nazi-Rassenmord«

vorausgegangen sei (Historikerstreit 86). Heute (z.B. im Spiegel v. 3. 10. 94) relativiert er die »Endlösung« und übernimmt Schlüsselpositionen der sog. Revisionisten, bis hin zur Erwägung der Auschwitzlüge.

These 12: Um einen starken »National-«Staat ideologisch zu legitimieren, wurde der Rest-Linken anationales Verhalten vorgeworfen. Dieser Verzicht auf »nationale Identität« sei erst der Nährboden für den Rechtsextremismus geworden. Dies wurde unisono von (Ex-)Linken wie Peter Brandt, intellektuellen Rechtsradikalen wie Henning Eichberg und vom Leiter der SPD-Parteischule und Referent für Schulung und Bildung beim SPD-PV, Tilman Fichter vorgetragen. Deutschland könne sich nicht länger weigern, seine Rolle in der Welt zu spielen.

These 13: Tilman Fichter ist m. M. n. der Hauptvertreter der »neuen Rechten« in der SPD. Zwei Beispiele: Er trat zeitweise als Schirmherr des Hofgeismar-Kreises im Juso-Landesverb. Sachsen in Erscheinung, der durch seine nationalrevolutionären bzw. deutschnationalen Positionen bundesweite Publizität gewann. Das andere Beispiel ist gravierender: Als im Frühjahr 1994 Hans-Christoph Bonfert, der Pressesprecher des Berliner CDU-Innensensors Heckelmann als Teilnehmer des rechtsextremen »Dienstagsgesprächs-Kreises«, in dem sich Ideologen der »Neuen Rechten« mit Wirtschafts- und Medienmachern treffen, geoutet wurde, forderte die SPD Heckelmanns Rücktritt. Schließlich ginge es nicht, daß ein Repräsentant der CDU im »braunen Sumpf« (so SPD-Fraktionsvors. Staffelt) verkehre. Diese Rücktrittsforderung wurde bald zurückgezogen. Warum? In der Berliner Presse (und auch von mir) wurde dies mit der Laschheit Staffelts erklärt.

Was war passiert: Nicht nur Bonfert war Teilnehmer der Treffen gewesen, son-

dern auch Tilman Fichter, der Interviews in der »Jungen Freiheit« gibt. Das war's dann.

These 14: Um die Hegemonie der Rechten auch künftig zu sichern, muß die gesellschaftliche Opposition paralytisch werden. Dies wurde versucht am Beispiel der Geschichte von SED und SPD. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 war angeblich keine. Sie war freiwillig und so was kann bei der latenten Kommunistenfreundlichkeit der SPD immer wieder passieren. Damals KPD und SED, heute PDS. (Stichwort: Magdeburger Verhältnisse)

These 15: Als nächstes waren die Kirchen dran. Stichwort: Statt Kirche im Sozialismus Kirche für und mit der Stasi. Das gelang dank Besier und Konsorten brilliant. Mittlerweile ist die ev. Kirche im Bewußtsein der »öffentlichen Meinung« von einer Widerstandsorganisation zur IM-Organisation mutiert. Wer links ist, spitzelt auch.

These 16: Daß die Republikaner die Wahlen verlieren, ist nicht nur Grund zur Freude. Schönhuber hat im Frühjahr gesagt, daß die CDU heute das Programm der Republikaner von 1987 realisiert. Daran ist zu erkennen, wie atemberaubend die Verschiebung dieser Gesellschaft nach rechts gelaufen ist. Wann realisiert die CDU das aktuelle Programm der Republikaner?

These 17: Die Krise der Linken ist eine inhaltliche Krise. Um wieder handlungsfähig zu werden, geht es um Inhalte und um die Besetzung von Begriffen. Es geht aber auch um die Analyse rechter Strategien der Einflußgewinnung, um nicht noch diesen Strategien zum Opfer zu fallen. Als derzeit dreistestes Produkt aus dieser Ecke ist der »Berliner Appell: Wehret den Anfängen« vom 28.9.94 zu nennen. 20.10.94

aus: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 28, November/Dezember 1994
Zu beziehen über: L. Meyer, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

Teilnehmer am »Dienstagsgespräch«

PROF. DR. ARNULF BARING: Historiker an der Freien Universität Berlin, Ehrenerklärer für Zitelmann; trat als Referent auf.

HANS-CHRISTOPH BONFERT: war früher Mitglied der »Schüler-Union« der CDU; ehemaliger Landesvorstandsvorsitzender der Paneuropa-Jugend Saarland, derzeit Beisitzer im Bundesvorstand der Paneuropaunion Deutschland, Redakteur der Zeitschrift Paneuropa-Deutschland (verantwortlich für die Jugend-Seite); Abonnent der Jungen Freiheit seit 1988; Briefwechsel mit Dieter Stein, trug Anliegen der Jungen Freiheit bei Innensensor Heckelmann vor; gehört laut Polizeiberichten »zum engeren Kreis« um Pieper; war laut Ursula Schaffer auch auf Veranstaltungen der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen.

MANFRED BRUNNER: Gründer und Vorsitzender des Bundes Freier Bürger, trat als Referent auf.

DR. TILMAN FICHTER: SPD, Referent für Schulung und Bildung beim Parteivorstand der SPD; Autor des Buches »Die SPD und die Nation«, verlegt bei Ullstein-Langen-Müller; Förderer der Jungen Freiheit; trat als Referent auf.

ABDALLAH FRANGI: PLO-Repräsentant; trat als Referent auf.

ANSGAR GRAW: arbeitet beim Sender Freies Berlin; u.a. Teilnehmer an einer Veranstaltung des Studienzentrums Weikersheim.

AXEL HAHN: FDP-MdA; freiberuflicher Unternehmensberater.

JÖRG HAIDER: Vorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs; trat als Referent auf.

HAPPEL: Treuhandanstalt Berlin.

HERBERT HELMRICH: CDU, derzeit Justizminister in Mecklenburg-Vorpommern; Ehrenerklärer für Zitelmann.

KLAUS KELLE: Chefredakteur des Berliner Rundfunks; trat als Referent auf.

GÜNTER KIESSLING: General a.D.; Autor in der Jungen Freiheit; trat als Referent auf.

DR. GERHARD KÖHLER: Ministerialdirigent im Innenministerium, ehemal. Vize-Präsident des Bundeskriminalamtes; trat als Referent auf.

GERHARD LÖWENTHAL: Publizist, früher b. ZDF tätig; aktiv im Zollernkreis; ehemals Vorstandsvorsitzender der Deutschland-Stiftung; Sympathisant des Bundes Freier Bürger; trat als Referent auf.

HEINRICH LUMMER: CDU-MdB; im Zollernkreis aktiv; finanzierte das Überleben von Wahlplakaten der SPD und SEW durch die NPD; Autor in der Jungen Freiheit; Mitglied des Christlich-konservativen Deutschland-Forums; trat als Referent auf.

WILHELM NÖLLING: Ehemaliger Hamburger Zentralbankchef; trat im Winter 93/94 als Referent auf.

HANS-ULRICH PIEPER: PR-Manager und Unternehmensberater, Miteigentümer der Agentur in Berlin; war früher Pressesprecher der Rüstungsfirma Rheinmetall; war Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes der NPD, wurde aber aus der NPD wegen eines Überfalls auf den SDS ausgeschlossen; war aktiv in der APM (Außerparlamentarische Mitarbeit) sowie dem Zollernkreis; war Vorsitzender der Peter-Fechter-Jugend; Autor in Criticon seit 1972; Mitglied der Paneuropäischen Union Deutschlands, war Kandidat der Republikaner für das Stadtparlament in München 1989 und für den Bundestag 1990 und war Pressesprecher von Ingeborg Schönhuber; ist zu sehen auf Veranstaltungen des Hoffmann-von-Fallerleben-Bildungswerks, der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft; Organisator der Dienstagsgespräche; er selbst beschreibt seine politische Herkunft mit Konrad-Adenauer-Haus der CDU und war in den 70er Jahren Referent in der Bundesgeschäftsstelle der CDU.

MARCUS ROSCHER: FDP, Vorsitzender der Nationalen Liberalen.

SCHILL: Babcock Borsig AG; trat als Referent auf.

ROLF SCHMIDT-HOLZ: ehemaliger STERN-Chefredakteur; trat als Referent auf.

PROF. WOLFGANG SEIFERT: Professor an der Uni Kiel; Referent der Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft; aktiv im Deutschlandrat; Interviewpartner der Jungen Freiheit; trat am 20. 6. 93 als Referent auf.

ALEXANDER VON STAHL: FDP; ehemaliger Generalbundesanwalt.

DR. PETER STAISCH: Chefredakteur von n-tv bis zum 1.9.94; zuvor bei ARD und ZDF tätig; trat als Referent auf.

STEIGER: Volkswagen AG; trat als Ref. auf.

PROF. KLAUS WEINSCHENK: ehemaliger Vorsitzender der Republikaner in Berlin.

Dr. Michael Wolffsohn: Interviewpartner der Jungen Freiheit, Ehrenerklärer für Zitelmann.

DR. EKKEHARD WRUCK: CDU-MdA, Rechts-

anwalt; setzte sich beim Innensenator am 9. 12. 93 für die Junge Freiheit ein; seine rechtsradikalen Tendenzen sorgten in dem Ortsverband Berlin-Halensee der CDU für Aufsehen.

PROF. DR. CARL ZIMMERER: Eigentümer der »Interfinanz – Gesellschaft für internationale Finanzberatung«, ehemaliger Direktor der Commerzbank; Herrenrunde-Organisator; Autor in Criticon sowie Nation und Europa; trat als Referent auf.

DR. MONIKA ZIMMERMANN: Journalistin, war DDR-Korrespondentin der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, danach bis zum 5. Juli 1994 Chefredakteurin der Tageszeitung »Neue Zeit«, mittlerweile in der Chefredaktion des Berliner »Tagesspiegels«.

DR. RAINER ZITELMANN: Historiker; Verantwortlicher für die Geistige Welt (Samstagsbeilage der Welt); Cheflektor bei Ullstein-Langen-Müller; Interviewpartner der Jungen Freiheit.

Wolfgang Lünenbürger

Gestaltungsmacht der Armen

Ein evangelischer Beitrag zu einer religiös-sozialistischen Theorie der Gerechtigkeit

Dieser Aufsatz ist als Ergebnis einer wissenschaftlichen Arbeit entstanden, in der ich mich mit dem sehr unbefriedigenden Ansatz H. Bedford-Strohms für eine theologische Theorie der Gerechtigkeit¹ auseinandergesetzt habe (siehe auch die Rezension S. 51). Hier geht es mir darum, Linien auszuziehen, an denen sich m.E. eine religiös-sozialistische Gerechtigkeitdiskussion orientieren könnte. Es soll dabei in drei Schritten vorgegangen werden: Zum einen werde ich darstellen, an welchen biblischen und historischen Impulsen sich diese ethische Diskussion ausrichten sollte, zum anderen wird – in aller Kürze und sicher nur holzschnittartig – eine Analyse der gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Strukturen angeboten, auf die jene Impulse bezogen werden, und zum dritten sollen, ausgehend von einer Vorstellung vom Menschen, Interpretationsansätze gesucht werden, die helfen, Gerechtigkeit inhaltlich zu füllen.

1. Kritik – Delegitimation – Emanzipation: Der Impuls einer evangelischen Ethik.

Anhand von vier Beispielen biblischer Traditionen – Exodustradition, davidische Königstheologie, Kreuzestheologie des Paulus und Lukasevangelium – möchte ich zeigen, daß eine evangelische Ethik kritisch, delegitimierend und damit emanzipatorisch sein muß.

a. Als wichtigste theologische Aussage, die für die Begründung von Ethik relevant sein könnte, läßt sich aus der Exodustradition herausarbeiten, daß – in der Perspektive von Gottes Heilshandeln an und mit seinem Volk – Aussagen über Gott nicht losgelöst von den Verhältnissen in der Welt zu machen sind. Gottesprädikate dürfen in dieser Tradition Verhältnisse der Ungerechtigkeit in der Welt nicht legitimieren, vielmehr delegitimieren sie stets solche Verhältnisse. Das »Ich bin, der ich bin« hält Gottes Unverfügbarkeit großartig fest.

b. Aus der Tradition der davidischen Königstheologie sei als Beispiel die Natan-Parabel 2. Sam 12, 1-7 angeführt. Auch hier geht der theologische Kernsatz in die beschriebene Richtung, denn Gottes Wort und Handeln wird im Wort Natans gegen David nicht zur Legitimation von Machthabern oder herrschenden Ordnungen instrumentalisiert, sondern ihnen gegenüber kritisch zur Geltung gebracht. Das »Du bist der Mann« ist eine kritische Anfrage an das Verhalten des Königs.

c. Der für unseren Zusammenhang wichtigste Grundzug der paulinischen Theologie ist die Betonung des Entsprechungsverhältnisses zwischen Armut und Schwachheit Christi am Kreuz und Armut und Schwachheit der von Gott erwählten Menschen. Dadurch, daß der Christus eben nicht als Caesar, nicht als Reicher und Mächtiger erschienen ist, wird wiederum das nun schon bekannte Kriterium deutlich: Nicht die Herrscherinnen und Herrscher stehen im Mittelpunkt des Interesses, sondern die, die

unter den Menschen nichts gelten, so wie Christus unter den Menschen nichts galt.

d. Auch das Lukasevangelium, dessen Aussage zu unserem Thema sich mit dem Satz zusammenfassen läßt, Jesus sei gekommen, die Machtverhältnisse schon auf Erden zu ändern, unterstützt, das zeigt die Exegese, die bereits festgestellte Kernaussage der biblischen Traditionen: der Entwurf eines Gegenbildes zur ungerechten Situation steht im Vordergrund des Interesses. Das Magnifikat ist ein lebendiges Zeugnis dieses Veränderungswillens.

Wir sehen: Alle besprochenen biblischen Traditionsstränge zeigen einen kritischen, delegitimierenden und damit also emanzipatorischen Charakter. Daraus folgt, daß eine theologische Ethik, in deren Disziplin eine Theorie der Gerechtigkeit fällt, einen solchen kritischen, delegitimierenden, emanzipatorischen Impuls vertreten soll.

Doch nicht nur aus biblischen Traditionen läßt sich dieser Impuls gewinnen: Die beiden wichtigsten geistesgeschichtlichen Aufbrüche der Neuzeit – Reformation und Aufklärung – lassen sich, so denke ich, in diesem Sinne interpretieren, was hier aber nur angedeutet werden kann.

2. Analyse des modernen Kapitalismus

Eine Gesellschaft und die ihr zugrundeliegende Struktur werden ständig reproduziert und also erneuert, weil die in ihnen lebenden Menschen ihre je besonderen Interessen verfolgen, die insofern gesellschaftlich bestimmt sind, als sie nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden können. Die dabei entstehende spontane Vorstellung von der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Grundstruktur ist dabei, daß Kapital Profit oder gar Zins bringt, Boden Grundrente abwirft und Arbeit Arbeitslohn verdient. Produktion erscheint als das bloß stoffliche Zusammenwirken von Erde, Kapital (als Ma-

schinerie) und Arbeit, wobei das eigentliche Subjekt, 'der' arbeitende, schaffende Mensch, als bloßes Objekt des durch den Kapitalisten oder die Kapitalistin organisierten Produktionsablaufes erscheint und dementsprechend in der von diesen – und nicht ihm selbst – gestalteten Gesellschaft agieren muß.

Diese Erscheinungen nennen wir die »Oberfläche« der Gesellschaft, die Ebene der Konkurrenz, die sich bis in jeden Winkel des Lebens ausbreitet und die keine abstrakte Konstruktion und nicht primär der zufällig oder bewußt hervorgebrachte Steuerungsmechanismus des Marktes ist, sondern in wirtschaftlicher Hinsicht auf der Differenz zwischen dem Wert einer Ware und ihrem Kostpreis (= Wertteil der Ware, der den Wert der angewandten Produktionsmittel und Arbeitskraft ersetzt, d.h. also das, was die Ware den Kapitalisten kostet) beruht, also auf dem Mehrwert. Wie stark ein konkreter Profit (= Mehrwert minus die Kosten für Kauf und Verkauf, die wegzuzahlende Grundrente, den Zins etc.) vom Mehrwert abweicht, wird nämlich durch Konkurrenz ermittelt.

Wie kommt der Mehrwert zustande? Der Wert eines Produktes setzt sich zusammen aus verschiedenen Kapitalwerten (Boden, Maschinen, Rohstoffe, Arbeitskraft usw.), die unterschiedlich rasch auf das Produkt übertragen werden. Erst durch die Arbeitskraft jedoch – als den jenseits des Produktionsprozesses reproduzierten und damit »nachwachsenden« Kapitalwert – erfahren Produkte ihre Wertsteigerung, also das, was über die anderen Kapitalwerte hinausreicht, und es kann Mehrwert entstehen. Mehrwert und damit spezifischer Wert eines Produktes entspringen also der Produktion. Um den Mehrwert zu realisieren, müssen ihn die Kapitalistin oder der Kapitalist abschöpfen, was durch den Verkauf des Produktes und damit auch seines durch »Verwertung« der Arbeit entstande-

nen Mehrproduktes passiert (Diese Verwertung der Arbeit wiederum geschieht durch die Form des Lohnes, durch die jede Spur der Teilung des Arbeitstages in notwendige und Mehrarbeit, in bezahlte und real unbezahlte Arbeit ausgelöscht wird. Alle in der Produktion geleistete Arbeit erscheint nun als bezahlte, obwohl Mehrwert ohne real unbezahlte Arbeit, also ohne Ausbeutung, nicht entstehen kann, da sonst Kostpreis und Wert zusammenfielen.).

Eine kapitalistische Gesellschaft ist in ihrer ökonomischen Basis also geprägt durch das gesellschaftliche Verhältnis von Kapital und Arbeit, wobei sich Kapital vom einfachen Tauschwert bzw. vom Geld dadurch unterscheidet, daß es sich durch fremde (Lohn-) Arbeit verwertet – Stichwort Kapitalakkumulation. Der sog. tertiäre Sektor einer Wirtschaft (Verwaltungen, Dienstleistungen u.a.), aber auch Künste, Wissenschaften, Religiöse Institutionen u.a. ruhen insoweit auf dieser Basis, als sie durch den Gesamtmehrwert einer Gesellschaft finanziert werden, weil die real unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiterinnen und Arbeiter und der daraus resultierende Produktionsüberschuß, d.h. das, was diese nicht zur eigenen Bedarfsdeckung benötigen, sie erst ermöglichen. Vor allem in neuerer Zeit können Gesellschaften sich ihre hohe Differenzierung allerdings nur noch leisten, wenn sie zunehmende Gruppen marginalisieren, also aus Produktion und Verteilung weitgehend ausschließen, da sie entweder zur Produktivität oder zum Konsum nichts beizutragen haben.

Hinzuweisen ist darauf, daß in dieser »klassischen« Gesellschaftsanalyse das Gegenüber von Erwerbs- und Familienarbeit – und damit ein großer Teil des realen weiblichen Lebenszusammenhangs – gewöhnlich nicht beschrieben wird. Es soll deshalb hier wenigstens soviel angedeutet werden, daß die für eine Gesellschaft notwendige Reproduktion (= Zeugung, Erziehung und

Ausbildung der nachfolgenden Arbeitskräftegeneration sowie alltägliche Wiederherstellung der Arbeitskraft der erwerbstätigen Bevölkerung) im wesentlichen durch unbezahlte Familienarbeit, also im wesentlichen durch Frauen, geschieht, daß Familienarbeit mithin eine notwendige Voraussetzung schon der Produktion ist, sie also als mittelbare, jedoch oft verschärkte Ausbeutung bezeichnet werden kann.

So oder so: die Ausgebeuteten und die Marginalisierten sind von der aktiven Gestaltung und Weiterentwicklung der Gesellschaft ausgeschlossen.

3. Die Bestimmung 'des' Menschen und die Umsetzung des Impulses

Gegen eine kapitalistische Anthropologie, um einen Ausdruck Fulbert Steffenskys zu gebrauchen, die sich in nichts so deutlich ausdrückt wie in dem Verlangen, daß alles für mich und meine Einzigartigkeit sein muß und alles mich zu einem Einzigartigen machen soll, gegen die trostlose Selbstbeschränkung des Individualismus, die immer wieder an der Oberfläche der Gesellschaft als rational erscheint, muß deutlich festgestellt werden, daß 'der' Mensch auf seine Mit-Menschen gewiesen ist, daß 'er' in der Geschichtlichkeit und Sozialität 'seine' Bestimmtheit und Bestimmung findet, denn ein wirklich freies eigenes Leben läßt eine abstrakte, solipsistische Freiheit, diesen Kurzschluß, in der Freiheit habe einer nur sich selbst, gar nicht zu.

So werden wir uns bemühen müssen, von einer Freiheit diesseits des Individualismus zu reden, ohne Emanzipation und Autonomie zu verlieren, gerade wo wir auch die Sünde als Realität glauben. Denn zum einen hat die Sünde ja klassisch in jenem sich auf sich versteifenden, nur sich kennenden Sichverstehen ihren Ursprung und ihren Ort, zum anderen, so lehrt uns die Erfahrung vor allem von Frauen, aber auch in einem Fehlen des 'Selbst', einem Scheitern

bei der Übernahme der eigenen, nicht zu entfremdenden Verantwortlichkeit.

Da aber Gott, dieser absolut persönliche Geist, nicht ferne ist, kann gesagt werden, daß kein Mensch je total nur Sünder ist, sondern daß 'der' Mensch als Mensch Gott zu entsprechen vermag, wie es 'seine' Bestimmung ist, indem 'er' anderen Menschen Raum zum Leben nicht nur läßt, sondern schafft und erhält, Lebensprozesse (mit)gestaltet. Auch wenn 'der' Mensch ein bewußtes Subjekt und als solches zugleich ein selbstbewußtes Subjekt ist, wird doch die Personhaftigkeit jedes Menschen erst im Miteinander mit den Anderen wirklich begründet. Wo 'der' Mensch an der Oberfläche der Gesellschaft also vereinzelt erscheint und hoffnungslos in die Konkurrenz verstrickt, wo 'er' den Anderen nur als seine Grenze, seine Einschränkung sieht, verfehlt 'er' diese 'seine' Bestimmung.

Gesellschaftliche oder wirtschaftliche Strukturen, deren Rationalität gegen 'die' Bestimmung 'des' Menschen steht, lassen sich als sündig bezeichnen, wenn damit ausgedrückt werden soll, daß in ihnen Sünde für Menschen als etwas Zwanghaftes erscheint, obwohl eigentlich ja nicht die Strukturen Subjekte der Sünde sind, sondern die sie reproduzierenden Menschen. Indem Menschen jedoch in ihnen ihre Bestimmung verfehlen, in abstrakter Freiheit oder ohne eigenes Selbst-Subjekt bleiben, Lebensräume anderer Menschen vernichten und beschränken oder keine eigenen erobern, monologisch leben und nicht zur Person reifen oder sich verlieren im Leben für andere, rücken Strukturen in das Blickfeld einer emanzipatorischen Rede von Gerechtigkeit.

Als innere Logik moderner kapitalistischer Gesellschaften haben wir oben die Mehrwert erzeugende Warenproduktion erkannt, die auf Ausbeutung beruht und durch Marginalisierung gestützt wird. Auch wenn die hinter diesen Begriffen stehenden

menschlichen Schicksale oft auch an der Oberfläche der Gesellschaft wahrnehmbar sind, verkehrt sich hier doch oft die Wahrnehmung: individuelle Hilfe in dieser Not scheinen genau die Strukturen zu ermöglichen, die auf die Weiterexistenz jener Not im Grunde angewiesen sind. Zudem gerät in der (wichtigen, Not-wendigen) konkreten Hilfe leicht aus dem Blick, daß eben diese Strukturen gegen 'die' Bestimmung 'des' Menschen stehen.

Es wird also darum gehen, eine solche Theorie und Praxis der Gerechtigkeit zu entwickeln, die dem oben begründeten kritischen, delegitimierenden und emanzipatorischen Impuls material Ausdruck gibt. Eine recht verstandene Option für die Armen, d.h. die Ausgebeuteten und Marginalisierten, kann dieses m.E. leisten, denn sie greift an die Logik der vorfindlichen Strukturen, sie verweigert die Zustimmung zu ihrer Reproduktion und sie dient 'der' Bestimmung 'des' Menschen zu Subjekt- und Personhaftigkeit. Erst die Interpretation dieser Option für die Armen als Forderung nach GESTALTUNGSMACHT DER ARMEN aber verleiht ihr die entscheidende Schärfe. Sie wandelt die passive Teilhabe an und die gedankenlose Reproduktion von den vorfindlichen Strukturen in reflektierte Reaktion auf sie. Da jedoch nur gestalten kann, wer Gestaltungsmacht 'besitzt', und da Gestaltungswünsche je nach konkretem Lebenszusammenhang variieren können, ist für einen emanzipatorischen Gerechtigkeitsbegriff klar, daß er diese Macht auch für die bisher Machtlosen einfordern wird.

In der liberalen Diskussion über Gerechtigkeit hat sich sowohl in der Katholischen als auch in den Evangelischen Kirchen eingebürgert, jene Option für die Armen mit der Forderung nach Teilhabe zu übersetzen². Diese Interpretation scheidet m.E. jedoch nicht nur an ihrer inneren Widersprüchlichkeit – es kann ja nicht im Ernst vermutet werden, jemand wolle an

seiner oder ihrer eigenen Ausbeutung beteiligt werden –, sondern ist auch nicht geeignet, dem emanzipatorischen Impuls Ausdruck zu geben. Eine wirklich emanzipatorische Option für die Armen kann sich nicht auf bloße Teilhabe beschränken, denn es kann nicht darum gehen, die Armen an der vorfindlichen Gesellschaft bloß stärker zu beteiligen, sondern vielmehr darum, daß sie Gesellschaft gestalten. Teilhabe als Konzept ist, so lautet mein Vorwurf an die bisherige Diskussion um bzw. über Gerechtigkeit, im Kern paternalistisch – wer ist es schon, der oder die Teilhabe ermöglichen soll? – und weder kritisch noch delegitimierend der Logik der Strukturen gegenüber: Was sollte schon an den Strukturen falsch sein, wenn es darum geht, die Armen an ihnen (stärker) zu beteiligen?

Ich setze dieser gängigen Interpretation der Option für die Armen bzw. der Forderung nach Gerechtigkeit deshalb diejenige entgegen, daß der Kern meines religiös-sozialistischen Gerechtigkeitsbegriffs die Forderung nach Gestaltungsmacht der Armen ist. Diese sucht einen Weg mit offenem Ende zur Veränderung, sie ermöglicht Kritik und klagt die Subjektwerdung ein, sie bestreitet, daß etwas, das ist, schon allein deswegen richtig ist. Der Weg zu einer ausgeführten Theorie und Praxis der Gerechtigkeit ist noch weit. Eine Diskussion aber, die sich mit Gerechtigkeit auseinandersetzen und dabei den kritischen, delegitimierenden und emanzipatorischen Impuls ernstnehmen will, wird neue Wege suchen müssen: Ein Mensch, 'der' gestaltet, 'der' anderen Menschen Raum zum Leben nicht nur läßt, sondern schafft und erhält, Lebensprozesse (mit)gestaltet, kann so 'seine' Bestimmung erlangen, – mit bloßer Teilhabe wird 'er' sich nicht bescheiden wollen.

¹ Heinrich Bedford-Strohm: Vorrang für die Armen, Gütersloh 1993.

² Vgl. z.B. Hirtenbrief der kath. US-Bischöfe, Wirtschaftsdienstschrift der EKD u.a.



Bärbel Fünfsinn

Mission und Entwicklung

Befreiung vom pharaonischen System des Neoliberalismus

Beobachtungen bei der Konsultation der lateinamerikanischen und karibischen lutherischen Kirchen zu »Mission und Entwicklung: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung«, 18.9.-25.9.94 in Porto Alegre (Südbrasilien) von Bärbel Fünfsinn, Delegierte der Nordelbischen lutherischen Kirche.

Der VIII. lateinamerikanische Kongreß der lutherischen Kirchen hatte sich zu einer Konsultation über »Mission und Entwicklung« entschieden. Es sollte eine zusammenhängendere Entwicklungskonzeption der Kirchen vorangetrieben werden, die im Rahmen eines »holistischen« (ganzheitlich, Red.) Missionsverständnisses steht. Außerdem sollte der Austausch über methodische und praktische Erfahrungen in der Missions- und Entwicklungsarbeit gefördert

werden. TheologInnen wie auch Mitarbeitende unterschiedlicher Organisationen, die in der Entwicklungsarbeit stehen, waren als ReferentInnen geladen. An der Konsultation nahmen ungefähr 70 Personen teil, darunter 8 nichtlateinamerikanische BeobachterInnen.

1. Status Confessionis

Während der Konsultation forderte der argentinische Theologe Dr. Arturo Blatezki

die christlichen Kirchen auf, den Einsatz für soziale Gerechtigkeit vor allem zum Status Confessionis (das entscheidende christliche Bekenntnis) zu machen. Das Engagement für Gerechtigkeit und damit untrennbar verbunden für Frieden und Bewahrung der Schöpfung müsse das zentrale Kennzeichen christlichen Lebens sein. Darunter ginge es nicht.

Oft sei es den ChristInnen freigestellt, ob sie sich im Konziliaren Prozeß engagierten oder nicht, der mit den drei bekannten ökumenischen Leitworten charakterisiert wird. Häufig vollzöge sich sozialpolitisches Handeln neben dem normalen kirchlichen Alltag oder dann, wenn noch Zeit und Geld dafür übrig sei.

Angesichts der lateinamerikanischen Realität, in der »das Leben stirbt«, könnten es sich die Kirchen nicht leisten, irgendwelche dogmatischen Thesen zu diskutieren und ihre Arbeit für Gerechtigkeit auf das Schreiben von wohlklingenden Projektanträgen an die reichen Kirchen im Norden beschränken.

Blatezki kritisierte sowohl die lateinamerikanischen Kirchen als auch die reichen Geschwisterkirchen in ihrem Umgang mit Geld. Selbstkritisch äußerte er, daß die Kirchen Lateinamerikas und der Karibik den Großteil ihrer Mittel zur Finanzierung des eigenen Kirchenapparates benutzten und sie die Projekte in der Entwicklungs- und Missionsarbeit vornehmlich aus dem Norden unterstützen ließen. So könne es dann geschehen, daß die Kirchen und andere Nichtregierungsorganisationen des Nordens auch inhaltlich die Entwicklungsarbeit im Süden zum großen Teil bestimmen.

Einige TeilnehmerInnen der Konsultation berichteten von eben solchen Erfahrungen, wo ihnen Schwerpunkte für ihre Projektarbeit von den Geldgebern vorgeschrieben wurden, die jedoch eher den Problemfeldern der Industrieländer entsprechen hätten (z.B. Umweltschutz), als daß

sie der lateinamerikanischen Unrechtsituation angemessen gewesen wären.

An die wohlhabenden Kirchen im Norden richtete sich die Frage, wie denn ihr »commitment« (engl. – Einsatz, Verpflichtung) für die Armen in Zukunft aussieht, wenn in aller Munde die Rede von Sparen und Mittelkürzung sei. Ist die »Option für die Armen«, die Teil des einen Leibes Christi sind, zentrales Anliegen der ChristInnen im Norden oder hängt ihr Engagement von der Initiative einzelner ab und wird nur dann unterstützt, wenn dafür noch Zeit und Geld übrig ist?

Dabei wurde der selbstlose Einsatz von vielen »Menschen guten Willens« im Norden als ein wesentlicher und unverzichtbarer Beitrag für die Missions- und Entwicklungsarbeit der Kirchen im Süden angesehen.

2. Mission und Entwicklung sind untrennbar

Ziel von Missions- und Entwicklungsarbeit wurde wiederholt mit den Worten aus Joh. 10,10 angegeben:

»Leben in Fülle« für alle Menschen, das mit Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weiter umschrieben wird.

Die Dichotomie von Mission und Entwicklung sei nicht mehr aufrechtzuerhalten, beides gehöre zusammen, solange sie sich diesem Ziel verpflichten. Praktische Konsequenz für die Kirchen in Lateinamerika ist, daß sie mit denen kooperieren, die Prozesse vorantreiben, die sich auf die Würde des Menschen konzentrieren und die Projekte durchführen, deren Merkmale folgende sind: ökologisch gesund, ökonomisch lebensfähig, sozial gerecht, technisch und kulturell dem jeweiligen Kontext angemessen (vgl. Abschlußerklärung).

Die besondere christliche Botschaft von der Würde jedes menschlichen Lebens als Zeichen der Liebe Gottes und von der befreienden Kraft des Evangeliums sollen die

ChristInnen nicht verschweigen, allerdings drücke sie sich am deutlichsten im engagierten Handeln der einzelnen aus und nicht in ihren Bekenntnissen.

Als es beim Thema »Mission unter Indianern« über mögliche Konkretisierung von Missions- und Entwicklungsarbeit ging, gab es dann doch überraschend heftige und kontroverse Diskussionen.

Einige wenige meinten, es genüge nicht, sich »nur« mit den Indianern zu solidarisieren. Zur Mission gehöre es auch, Indianer mit der Bibel und sogar mit Luthers Katechismus vertraut zu machen, ungeachtet der indianischen Religiosität und Kultur.

Ein venezolanischer Anthropologe, Manuel Larreal, selbst indianischer Herkunft, der als Referent eingeladen war, erklärte demgegenüber, daß der Auftrag der Kirchen unter und mit Indianern nur in der Solidarität liegen könne. Es ginge nicht darum »die Seele der 'Indios' zu retten, sondern sie von den von außen verursachten Krankheiten zu retten, sie in ihren Kämpfen um Land zu begleiten, ihre Kultur und Religiosität kennen- und respektieren zu lernen und an ihre Fähigkeit zu glauben, daß sie ProtagonistInnen ihrer eigenen Geschichte sein können«.

Sein Beitrag wurde in dieser Deutlichkeit auch ins Abschlußdokument der Konsultation übernommen.

3. Neoliberalismuskritik und die Suche nach Alternativen

Die allgemeinen und großen Begriffe: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurden während der Konsultation mit konkreteren Inhalten gefüllt. Verschiedene TeilnehmerInnen stellten ihre Projekte im Sozial-, Bildungs-, Landwirtschafts- und Umweltschutzbereich vor.

Es kann immer nur an den konkreten Stellen angesetzt werden, um herauszufinden, was dem erklärten Ziel eines men-

schenwürdigen Lebens in dem jeweiligen Kontext näherkommt. Dabei war interessant und ermutigend, mit wieviel Überzeugung und Hoffnung die verschiedenen Projektmitarbeitenden die Meinung vertraten, daß in ihrer Arbeit der Keim für eine weitreichende, gesellschaftliche Veränderung liegt.

In der weltwirtschaftlichen Analyse war sich die große Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden einig, daß die herrschende Weltwirtschaftsordnung der heutige »Pharao« ist, der das lateinamerikanische Volk Gottes versklavt und mit dem Tode bedroht.

Entwicklung kann für Lateinamerika wie für die Karibik nur bedeuten, sich von diesem Zwangssystem zu befreien (sich zu entwickeln oder auszuwickeln von dem, was sie einwickelt).

Vor allem wurde als negative Folge des »neoliberalen Modells« die zunehmende Unregierbarkeit der einzelnen Staaten beklagt. Angesichts der weltweiten Globalisierung spielen Grenzen und Nationen keine Rolle mehr. Die Privatisierung im Sozial- und Bildungssektor sorgen dafür, daß die jeweiligen Regierungen sich aus ihrer Verantwortung zurückziehen bzw. ist das die Konsequenz der angewandten Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF.

Aus Sicht der teilnehmenden LateinamerikanerInnen bringt das marktwirtschaftliche System ihrem Kontinent eher den Tod als ein besseres Leben. »Ist es nicht so, daß der 'Markt' gerade das Fehlen von Gerechtigkeit fördert und braucht, ebenso wie die Mißachtung der Schöpfung? Finden wir irgendwo bei denen, die die weltweite und kontinentale Wirtschaft leiten, auch nur das geringste Interesse für die sozialen Folgen ihrer monetären Politik?«, fragte Blatezki.

Die eine große Alternative zum weltbeherrschenden Marktwirtschaftssystem

konnten leider auch die KonsultationsteilnehmerInnen nicht bieten.

Deshalb kann jedoch nicht die Rede vom Verlust der Visionen sein. Mit dem Stichwort »civil society« beschrieb der brasilianische Soziologe Candido Grzybowski seinen Traum von einer gerechteren Gesellschaft: wirkliche Demokratie, in der die elementaren Grundbedürfnisse aller BürgerInnen gedeckt sind, in der die produktiven Vermögen wie z.B. Land und die finanziellen Mittel gleichmäßig verteilt sind und in der die kommunale und nationale Gesellschaft Zielpunkt aller Politik ist – und nicht zuerst der 'Markt' und das Wirtschaftswachstum.

Um eine solche Gesellschaft zu bauen, in der die Grundbedingungen zum würdigen Leben für alle gegeben sind, sind die vielen kleinen, konkreten Schritte unersetzlich. Darüberhinaus wurde besonders auf die Aufgabe der Kirchen und der Basisbewegungen hingewiesen, eine andere Ethik als die vom Neoliberalismus geforderte zu verkündigen und zu leben.

»Durch ihr praktisches Zeugnis können die Kirchen Räume schaffen, wo wirklich Freiheit, Mitbestimmung, Respekt vor der Natur, Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern geübt

wird. Diese Erfahrungen können sich in neue Paradigmen für staatliche Politik verwandeln und positiv die Suche nach Lösungen für die Probleme, die die 'Dritte Welt' entmenschlichen, beeinflussen.« (Dr. Franklin Canelos, Sekretär für Lateinamerika und die Karibik im Lutherischen Weltbund).

4. Anstöße für uns

Mir fiel die wiederholt heftige Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem auf, die in Porto Alegre von vielen KirchenfunktionärInnen geübt wurde, während man (frau) damit in Deutschland auf dieser Ebene doch vorsichtiger ist.

Eine wesentliche Frage an uns ist sicherlich die, die den zukünftigen Umgang mit Kirchengeldern betrifft. Dahinter steht die während der Konsultation formulierte Kritik, daß der Norden zwar Geld zu »den Armen« sendet und in seinen Gottesdiensten Lieder aus Afrika, Lateinamerika und Asien singt, aber im Grunde bis heute nicht das Fühlen, Leiden und Hoffen der Menschen in den materiell armen Ländern verstanden hat.

Inwieweit wollen wir eine universale Kirche sein, mit allen – auch finanziellen – Konsequenzen?

Brauchen wir die Beziehung zu den ChristInnen im Süden der Erde wirklich?

Und was haben wir mit ihnen zu teilen, außer unserem Geld?

In Lateinamerika gibt es den Spruch: »Die Hoffnung ist das, was zuletzt stirbt.« Auch wenn während der Konsultation die Klage über das zu erleidende Unrecht und seine Analyse viel Zeit in Anspruch nahm, war dennoch immer wieder die Hoffnung der einzelnen zu spüren.

»Vom Konkreten (den vielfältigen Projekten) aus werden Räume für praktische Alternativen geöffnet, die ein hohes utopisches Ziel haben – das Reich Gottes«, so Melvin Jimenez aus Costa Rica).

Natürlich wurde diesen Räumen nicht der maßgebliche Einfluß auf das Weltwirtschaftssystem zugesprochen, aber es wurde daran festgehalten, daß sie den Keim zu mehr Gerechtigkeit in sich tragen und daß diese Keime wachsen. Daß der ehemalige brasilianische Präsident Collor seinen hohen Posten verlassen mußte, weil er der Korruption überführt war, wurde z.B. als Zeichen eines in seinem politischen Einfluß nicht zu unterschätzenden ethischen Bewußtseins der Bevölkerung angesehen.

In dieser Zeit, in der uns der Verlust von Visionen droht, können die kleinen konkreten Schritte dort wie hier HoffnungsträgerInnen für uns sein.

»Wenn Du die Hoffnung aus deinem Herzen verlierst, verschwindet auch dein Wunsch zu kämpfen. Vergiß nicht das Ge-

sicht deines Volkes und vertraue darauf, daß Gott dich unterstützt.« (Lied aus Venezuela)

BRSD-Bundestagung

in Bad Hersfeld vom 21. 10. bis zum 23. 10. 1994

Seit einigen Jahren treffen sich Mitglieder und Freundinnen und Freunde des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten nicht nur zur traditionellen Jahrestagung im Herbst, sondern zu jeweils einer Herbst- und einer Frühjahrstagung. Nachdem sich die zusammen mit der ICL organisierte Frühjahrstagung schwerpunktmäßig mit dem Entwurf für neue »Vorläufige Leitsätze« beschäftigt hatte, wurden auf der Herbsttagung andere Akzente gesetzt. Unter dem Tagungsthema »Der Geist weht rechts – Haben die Linken nur die Antworten von gestern?« wurde das Vordringen rechts-konservativer und rechtsradikaler Inhalte und Erklärungsmuster in weite Teile der »demokratischen Öffentlichkeit« analysiert. Hierzu referierte der Bundessprecher Ulrich Peter. Die Diskussionsthesen zum Tagungsthema sind auf S. 31 abgedruckt. Die lebhafteste Diskussion machte deutlich, daß es auch unsere Aufgabe ist, in Kirchen und Parteien das Vordringen der Rechten ständig zu analysieren und aktiv zu bekämpfen, wobei es wichtiger ist, statt auf 2 bis 3000 Skinheads zu starren, vor allem auf die Rechts-Intellektuellen zu achten. Nur wenn uns deren Strategie bewußt ist, können wir sie verhindern bzw. unterlaufen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Weiterarbeit am Entwurf für neue »Vorläufigen Leitsätze«. Als Ergebnis dieser Tagung kann jetzt eine neue Fassung zur Beratung vorgelegt werden, die in dieser Nummer auf den Seiten 18 bis 31 veröffentlicht wird.

Daneben ging es um die Einschätzung der Bundestagswahlen. Allgemein wurde

der erneute Sieg der Rechts-Koalition beobachtet. Es wurde aber auch festgestellt, daß die SPD im Wahlkampf eine sichtbare Alternative zur Kohl-Politik vermissen ließ und eher aus der Defensive reagierte. Weitere Punkte waren die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der ICL im Rahmen des kommenden Evangelischen Kirchentages in Hamburg. Das Gespräch mit dem anwesenden Vertreter des Sprecherrates der ICL, Christoph Kleinschmidt, bekräftigte den Wunsch von ICL und BRSD, die Zusammenarbeit fortzusetzen und zu intensivieren. So werden beide Organisationen beim Hamburger Kirchentag kooperieren.

Nachdem die ICL verantwortlich für den Beitrag unserer Organisationen beim Dresdner Katholikentag (von unten) war, wird der BRSD (v.a. durch die Regionalgruppe Hamburg/Nord) dies für den Ev. Kirchentag sein.

Als weiteres Ergebnis wurde beschlossen, 1995 wegen des Kirchentages auf eine Frühjahrstagung zu verzichten und nach Möglichkeit ein Treffen beim Kirchentag zu organisieren.

Die nächste Jahrestagung wird vom 13. bis zum 15. Oktober 1995 in Bad Hersfeld mit dem Thema »Sozialismus: Ziel und/oder Utopie?« stattfinden. Integriert ist wie immer die Mitgliederversammlung des BRSD. Die Amtszeit des amtierenden Vorstandes geht zu Ende und ein neuer ist für die kommenden drei Jahre zu wählen. Außerdem sollen auf dieser Tagung die neuen »Vorläufigen Leitsätze« des BRSD beraten und verabschiedet werden.

Bitte vormerken:

**Jahrestagung des BRSD 1995
13. bis 15. Oktober in Bad Hersfeld**

Beginn: Freitagabend 18.00 Uhr

Ende: Sonntag 13.00 Uhr

Tagung mit Referentinnen und Referenten zum Thema:
Sozialismus: Ziel und/oder Utopie?

Preis: für Verdienerrinnen und Verdienere: 100,-DM
für Nichtverdienende ermäßigt

Anmeldung bitte an: BRSD, Postfach 2521, 72015 Tübingen

Ulrich Peter

Dieser Text war bereits lay-outet, als wir die traurige Nachricht erhielten, daß August Rathmann in der Nacht zum 5. 1. 1995, also unmittelbar nach seinem 100. Geburtstag, verstarb. Wieder ist einer aus der »alten Garde« des deutschen religiösen Sozialismus von uns gegangen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Text Tillichs »Mensch und Gesellschaft im religiösen Sozialismus« aus dem Jahre 1949 wurde von August Rathmann als Privatdruck herausgegeben. Restexemplare sind noch für DM 5,- in Briefmarken bei Ulrich Peter, Fechnerstr. 18 in 10717 Berlin erhältlich.

August Rathmann wird 100!

»Die Unterzeichneten verfolgen mit Sorge die Schwächung des Vertrauens in die Lebenskraft des sozialistischen Gedankens in unserer Zeit. ...Es müssen...von neuem die inneren Kräfte des Menschen genährt werden, auf denen der Glaube an die sozialistische Erneuerung beruht, die den sozialistischen Willen und die sozialistische Gesinnung bestimmen.« Dieser kleine Ausschnitt stammt nicht aus einem Text, der nach 1989 entstanden ist, sondern aus dem Einladungsschreiben »zu einer sozialistischen Aussprache in der Pfingstwoche 1928 in Heppenheim« im Haus Martin Bubers. Einlader dieser berühmten »Heppenheimer Tagung« waren u.a. Karl Mennicke, Emil Fuchs, Leonhard Ragaz und ein damals 33jähriger, August Rathmann aus Kiel, auf dem 2. Bildungsweg Student der Rechtswissenschaften. Am 3. 1. 1895 in Groß-Flintbek in Holstein geboren, lernte er das Tischlerhandwerk. Früh wurde er Mitglied der sozialdemokratischen »Arbeiterjugend«, die er seit 1913 in Kiel leitete. 1914 folgte der Kriegsdienst, danach die Arbeit auf der Werft. 1919/20 war er führend im sogenannten Abstimmungskampf für das Verbleiben Nord-schleswigs bei Deutschland. 1921 wurde er Gewerkschaftssekretär in Bochum und 1923 war er als Funktionär der Jungsozialisten Einberufer der sog. »Hofgeismartagung«, auf dem sich der »national ausgerichtete Teil der Jungsozialisten« zum gleichnamigen Kreis formierte. Um die Einschätzung dieses Kreises streitet sich August Rathmann immer noch mit heutigen Historikern.

August Rathmanns Rolle in der Geschichte des deutschen religiösen Sozialismus ist außerordentlich wichtig. Ich habe in meiner Bibliothek fast einen Meter mit Schriften, an denen er beteiligt war. Dies betrifft Schriften von ihm selbst, als Beispiele seien seine Autobiographie aus dem Jahr 1983 »Ein Arbeiterleben« genannt, und die immer noch weitergeführte Reihe über große Denker des Sozialismus – aktuell wird die Darstellung Lenins vorbereitet – im Mitteilungsblatt des »Beirats zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein«.

Die Schriften und Zeitschriften, die er herausgab, aufzuführen, sprengt den Platz von CuS. Einige Schlaglichter: 1930 – 1933 zusammen mit Paul Tillich, Eduard Heimann und Fritz Klatt Mitherausgeber der »Neuen Blätter für den Sozialismus«; 1928 Mitherausgeber des Protokolls der »Heppenheimer Tagung«, nach 1945 Herausgeber der Reihe »Schriften zur Zeit«, in der u.a. Tillichs »Sozialistische Entscheidung« und Radbruchs »Kulturlehre des Sozialismus« wieder aufgelegt wurden, Schriften, die er z.T. in einer gleichnamigen Reihe erstmals in der Weimarer Republik herausgegeben hatte. Besonders Paul Tillich war prägend für seine Entwicklung. Selbst mit 90 Jahren wurde er aktiv, als es galt, einen wichtigen Text Tillichs aus dem Jahr 1949 »Mensch und Gesellschaft im religiösen Sozialismus«, der aus »mir unverständlichen Gründen«, wie er schrieb, nicht in die Gesamtausgabe aufgenommen wurde, dennoch zu publizieren. Er gab ihn als Privatdruck »in einer beschränkten Auflage für die interessierten verschiedenen Gruppen religiöser Sozialisten« heraus und fand dankbare Leserinnen und Leser, die auch in dem »amerikanischen« Tillich weiterhin den religiösen Sozialisten entdecken konnten.

August Rathmann ist mit Abstand unser ältestes Mitglied und wir freuen uns, daß wir ihn zu uns zählen können. Wir gratulieren August Rathmann zu seinem Ehrentag und wünschen ihm noch viel Gesundheit und Kraft, auch damit die Reihe der »großen Sozialisten und Denker« weitergeführt werden kann: literarisch wie biographisch.



die uns interessieren

Oskar Negt

Unbotmäßige Zeitgenossen

Annäherungen und Erinnerungen, Frankfurt M. 1994

Als unbotmäßig bezeichnet man gemeinhin solche Personen, die sich dem, was gerade zu Gebote steht, nicht blind unterordnen. Im Fischer Verlag ist nun ein Taschenbuch erschienen, in dem dreiundzwanzig unbotmäßige Zeitgenossen und eine unbotmäßige Zeigenossin vorgestellt und sich ihrer erinnert wird. Autor dieser, von ihm selbst so genannten, "Annäherungen" ist Oskar Negt, Professor für Soziologie an der Universität Hannover. Als Doktorand von Adorno und Assistent von Habermas ein Vertreter der Frankfurter Schule, gehört er seit den sechziger Jahren zu jenen marxistischen Intellektuellen, die für die undogmatische, sozialistische Linke in diesem Land von hoher Bedeutung sind. Er war in den siebziger Jahren Mitinitiator der "sozialistischen Büros", und die Geschichte seiner Veröffentlichungen ist lang. Sein hier vorgelegtes Buch ist nun in erster Linie keine sozialwissenschaftliche Abhandlung, sondern ein politisches Plädoyer. Angetrieben durch die Erkenntnis, daß, wie er schreibt, Opportunismus die bedrohlichste Geisteskrankheit der Intellektuellen sei, geht es ihm darum, diesem heute wieder zutage tretenden Phänomen etwas entgegenzusetzen. Er denkt dabei an jene ehemaligen Linken, die inzwischen "den gefügigen und oft auch vorauseilenden Gehorsam gegenüber den Machtverhältnissen

mit derselben Energie und einem ähnlichen Prinzipienaufwand betreiben wie vorher die Kritik am Bestehenden und die Verachtung der kleinen Schritte." S. 8

Vom Verrat der Intellektuellen spricht er, gegen den sein entschiedener Widerspruch mit diesem Buch formuliert sein soll. Dies aber nicht durch die inhaltliche Auseinandersetzung und den dezidierten Disput mit all den Enzensbergers, Walsers, Biermanns, Strauß' und wie sie alle heißen. Anstatt die seiner Meinung nach weiterhin bestehende Relevanz sozialistischer Positionen und an Marx geschulter Gesellschaftskritik streng herzuleiten, wählt er eine Form der Widerrede, die ungewöhnlich und beeindruckend zugleich ist: Er beschreibt 24 Menschen, die er persönlich kennen und schätzen gelernt hat und sagt: "Nichts ist anschaulicher als eine Lebensgeschichte", denn mit Sozialismus und linker Gesinnung sei etwas gemeint, das mit politischer Charakterbildung zu tun habe, mit individueller Biographie. An der Beschreibung von Personen lasse sich feststellen und aufzeigen, was mit links-sein verbunden sei und was demokratischen Sozialismus, gegen alles Renegatentum, weiterhin auf der politischen Tagesordnung erhalte. Diese Persönlichkeiten dokumentierten mit ihrer Lebensgeschichte das, was der Zeitgeist und die in ihm Wehenden als widerlegt be-

haupten: die Aktualität sozialistischer Gesinnung und Aktion.

Das Spektrum an Persönlichkeiten ist breit, das er den Lesenden unter diesem Aspekt nahe zu bringen versucht und überrascht auch hier und da. Ich hätte nach seinem Vorwort nicht mit Hans Matthöfer gerechnet, der mir als biederer Finanzminister in der Regierung Schmidt bekannt war, hier aber als Sozialdemokrat geschildert wird, der vom SDS über die IG Metall die politische Karriereleiter erklimmte, ohne seine sozialistischen Positionen zu revidieren. Ich hätte auch nicht mit Ernst Breit gerechnet, diesem spröde wirkenden DGB-Vorsitzenden vergangener Jahre. Weniger überraschend war dagegen die ehrwürdige Frankfurter Troika Horkheimer, Adorno, Marcuse als den wohl entscheidenden Impulsgebern des theoretischen Schaffens von

Oskar Negt. Selbstverständlich wird Ernst Bloch gewürdigt, ebenso Wolfgang Abendroth und Jürgen Habermas. Zu lesen ist eine Auseinandersetzung mit Andre Gorz, dessen "Abschied vom Proletariat" Negt nicht nachvollziehen möchte, oder eine Würdigung Peter von Oertzens, der bis vor kurzem als wohl letzter Sozialist mit marxistischen Überzeugungen zum Vorstand der SPD gehörte. Weiter werden Margherita von Brentano, Theo Pinkus, Alexander Kluge, Klaus Staeck vorgestellt und Heinrich Albertz, von dem Oskar Negt schreibt, es gebe wenige Menschen in unserer Gesellschaft, die wie Albertz von sich behaupten könnten, in Übereinstimmung mit ihrer Würde gelebt zu haben.

Wer die Personen nicht kennt, für den werden sie im Anhang des Buches jeweils knapp zwanzig Zeilen lang biographisch

Der Bundeskanzler warnt Lesen schadet der Gesundheit

Ein "ak" beispielsweise enthält mindestens 36 Seiten
hochkonzentrierte linke Verdrehungen
und böswillige Unterstellungen

Ach so, ja. Und wer oder was ist "ak"?

Am besten selbst mal nachsehen.

Kostenloses Probeexemplar bestellen.

"ak" ist eine sozialistische Monatszeitschrift jenseits von
Dogmatismus und Anpassung an den Zeitgeist.

"ak" erscheint seit 1971.

Übrigens: Das Kürzel steht für "Analyse und Kritik".

ak kostet DM 6,-, erscheint vierwöchentlich und ist in allen linken Buchläden und gut
sortierten Zeitschriftenläden erhältlich
oder direkt bei

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58B, 20357 Hamburg

vorgestellt, was den Zugang zu den Texten selbst enorm erleichtert.

Im Anschluß an die Lektüre des Vorworts zeigt sich aber auch schnell, daß es sich bei diesem Werk nicht um die programmeleitete Niederschrift von 24 Kurzbiographien handelt, sondern um die Zusammenstellung von Briefen, Reden und Aufsätzen, die im Laufe der Jahre entstanden sind und nun hier unter einem gemeinsamen Thema gebündelt werden. Dies wird deutlich an dem sehr unterschiedlichen Stil der Texte. Leicht zugängliche Briefe und Würdigungen stehen so neben sehr komplizierten Auseinandersetzungen mit

dem Werk der jeweiligen Person, die auf hohem theoretischen und intellektuellen Niveau verhandelt werden. Das heißt, die Lektüre ist in Teilen schwer für jene, denen sozialwissenschaftliche Termini und marxistische Theorie nicht geläufig sind und kann dort enttäuschen, wo in dem Buch ein leichter Zugang zum Werk der jeweiligen Persönlichkeit gesucht wird.

Aber es bleibt ein faszinierender und, wie ich meine, gelungener Versuch, die weiterhin vorhandene Bedeutung sozialistischer Bildung und Politik, wider allen Zeitgeist, zu untermauern.

Matthias Nauerth

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg):

Ärgernis und Zeichen

Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben,
Pahl-Rugenstein-Nachfolger Verlag, Bonn 1993, 389 Seiten

F.-M. Balzer, seit langem als ausgezeichnete Kenner des Religiösen Sozialismus der Weimarer Republik ausgewiesen, legt als Herausgeber ein neues Buch über Erwin Eckert (1893 – 1972) vor. Eckert, in den zwanziger Jahren der »Volkstribun« der religiös-sozialistischen Bewegung und Herausgeber des »Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes«, trat 1931 als erster evangelischer Pfarrer in die KPD ein. Die Folgen sind bekannt: 1933 verhaftet, 1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft kann der Verfolgte und Gehetzte endlich aufatmen. 1945 wurde Eckert Staatskommissar im badischen Kabinett, 1947 – 1956 war er Abgeordneter im badischen Landtag für die KPD. Er kämpfte gegen die Wiederaufrüstung der

BRD. So geriet er wieder in Konflikte mit den herrschenden Kreisen. 1959/60 wurde der »Düsseldorfer Prozeß« gegen ihn geführt. Der Träger der goldenen Friedensmedaille des Weltfriedensrates und Vorstandsmitglied des »Westdeutschen Friedenskomitees« wurde wegen »Rädelführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation« zu neun Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Neben Beiträgen von Gert Wendelborn, Frank Deppe, Emil Fuchs, Hans-Werner Bartsch u.a. enthält der Band wichtige Texte von Eckert selbst, so die Vernehmung zur Person«, eine autobiographische »Auskunft« über seine dramatische Lebensgeschichte vor dem Düsseldorfer Landgericht am 10. 11. 1959), ferner die »Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg« sowie zwei Re-

den vom 24/ 25. 5. 1946 in Mannheim und Heidelberg, die die Massenwirksamkeit des großen Redners und Agitators der Weimarer Zeit erahnen lassen. Die Herzmitte des Buches sind für mich die »Briefe aus dem Gefängnis« von 1933 an seine Frau Elisabeth. Sie sind überdies ein Zeitdokument ersten Ranges, besonders im Hinblick auf die historische Zäsur und das Schicksal

der Freunde wie Lempp, Kappes, Piechowski u.a. »Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben« – was das in der Tiefe bedeutet, zeigen diese Dokumente. Hier lebte ein Hellsichtiger, ein Kämpfer gegen Antisemitismus und Unmenschlichkeit unter uns, aber die meisten Zeitgenossen stellten sich taub.

Heinz Röhr

Ein mißlungener Versuch

Heinrich Bedford-Strohm

Vorrang für die Armen, Auf dem Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit,
Gütersloh 1993

Was ist schlimmer – eine schlechte Idee oder die mißlungene Ausarbeitung einer guten Idee? Die in Heidelberg als Dissertation angenommene Arbeit von Heinrich Bedford-Strohm hat mich diese Frage voller Verzweiflung immer wieder stellen lassen.

Doch zunächst: Worum geht es in diesem Buch? Bedford-Strohm will, so stellt er in der Einleitung heraus, das Konzept der »Option für die Armen«, das – ausgehend von der Theologie der Befreiung Lateinamerikas – im konziliaren Prozeß eine immer größere Bedeutung erlangt hat, theologisch durchdenken. Im Rahmen einer ökumenischen Theologie will er Wege zeigen, die zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit führen können. Er geht dabei aus vom Wirtschaftshirtenbrief der katholischen US-Bischöfe (der in der evangelischen deutschsprachigen Theologie bisher kaum rezipiert wurde, wodurch mit dieser Arbeit in der Tat eine bedauerliche Lücke geschlossen wird!). Daran anschließend, versucht er, Schlüsselprobleme eines theologisch-ethischen Gerechtigkeitsverständ-

nisses zu untersuchen, wobei die Interpretation der »Option für die Armen« und die positive Rezeption der (wirkmächtigen) Gerechtigkeitstheorie von John Rawls die Schwerpunkte sind. Im dritten Teil macht er sich schließlich auf den Weg zu einer theologischen Theorie der Gerechtigkeit für hier und heute, wie schon der Titel verheißt.

Dieser kurze Aufriß und die gesamte Konzeption der Arbeit ließen eine spannende Lektüre erwarten. Eine unbestreitbare Stärke der Arbeit ist dabei sicherlich, daß sie sich bewußt ist, in der BRD und heute geschrieben zu sein. Bedford-Strohm will für seinen und unseren Kontext Theologie treiben – und hat das m.E. besser gelernt als Günter Reese, dessen Kritik dieser Arbeit in der »Jungen Kirche« ins Leere geht, weil sie ihre Intention nicht begreift....

Eine weitere Stärke liegt in den beschreibenden Teilen und dem Forschungsüberblick: Wer einen ersten Zugang zum Wirtschaftshirtenbrief und zur »Option für die Armen« sucht, mag bei Bedford-Strohm einen Anfang machen können. Al-

lerdings bleiben die problematischen biblischen Begründungsmuster des Hirtenbriefs in dieser Darstellung im Dunkeln, was ein kaum hinnehmbares Defizit ist.

Auch nützt die beste Intention nichts, wenn die Ausarbeitung so fragwürdig bleibt wie im vorliegenden Fall:

– Da wird – oft nicht einmal ausdrücklich – der Hirtenbrief der US-Bischöfe zur Norm erhoben, ohne das zu begründen, und, was schwerer wiegt, ohne ihn selbst einer kritischen Untersuchung auszusetzen, die wissenschaftlichen Kriterien standhält. Dabei müßte doch wenigstens die Frage diskutiert werden, ob ein katholischer Hirtenbrief mit der entsprechenden Anthropologie und Methodik Norm einer evangelischen Ethik sein kann! Diese Frage auf das Verhältnis von »Vernunftbegründung« und »biblischer Begründung« zu reduzieren, ist wohl etwas billig, was angesichts von gerademal 26 inhaltsarmen Seiten eigener Gedanken Bedford-Strohms zu diesem Thema noch eine freundliche Bezeichnung ist. Immerhin reizt diese Passage, die m.E. auch argumentativ scheitert, zum eigenen Nachdenken über dieses jedenfalls zentrale Thema jeder Ethik.

– Da wird leichtfertig eine anthropologische Übereinstimmung zwischen der Philosophie John Rawls', die auf einer Vertragstheorie basiert, und der christlichen Theologie behauptet, ohne vorher wirklich eine (welche?) eigene Anthropologie entwickelt zu haben. Daß es eine beachtliche Tradition gibt, die Vertragstheorien gerade aus anthropologischen Gründen ablehnt und sich dabei auf evangelische Positionen beruft, hat Bedford-Strohms offensichtlich nicht im Blick. So kommt es auch, daß er, hier voll im Trend der offiziellen Kirchen-theologien, die »Option für die Armen« schlicht auf »Teilhabe« reduziert, was von seinem problematischen, weil stark konsensualistischen Gesellschaftsbild zeugt. Ob Rawls' Definition von Gerechtigkeit darü-

ber hinaus überhaupt mit einem christlichen Konzept kompatibel ist, was ich stark bezweifle, wird nicht einmal richtig thematisiert.

– Da wird allzu häufig mit ungenauen Begriffen gearbeitet oder mit solchen, die andere Konnotationen auslösen können, als von Bedford-Strohms beabsichtigt. Oft werden viele Worte gemacht, wo Knappheit angebracht wäre und das Verständnis erleichterte, und an anderen Stellen, denen Erläuterungen gut täten, wird über Begründungen hinweggehuscht. Zwar am Rande liegend, aber vielsagend ist auch die Bezeichnung von Menschen, die mit dem Christentum nichts (mehr) zu tun haben wollen, als »entfremdet«....

Geradezu grotesk, aber eben doch repräsentativ für die gesamte Arbeit, endet das Buch. Unter dem Abschnitt, der sich mit den Konsequenzen der Arbeit für die Politik in der BRD beschäftigt, heißen die letzten Sätze: »Die Kirchen in der Bundesrepublik haben sich wiederholt öffentlich im Grundsatz für die Anliegen des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ausgesprochen. Ihre nachdrückliche Unterstützung der Forderung nach einem jährlichen Armutsbericht der Bundesregierung könnte eine Möglichkeit sein, einem dieser Anliegen eine konkrete Richtung zu geben. Die Forderung nach Gerechtigkeit verlangt auch von den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland eine vorrangige Option für die Armen« (S. 317). Glücklicherweise hält der Mensch, der die Erstellung von Armutsberichten für das vorrangige Problem unserer Gesellschaft hält!

Wolfgang Lünenbürger

Wir über uns:

Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, TheologInnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des »realen Sozialismus« nicht das Ende der Geschichte ist
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist (»Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde«)
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist
- daß ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben als ein mehr oder weniger frommes Gemüt
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisation zu hüten

Wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.

Liebe Abonentinnen und Abonnenten!

Am Ende des Jahres hat uns unser Computer einen bösen Streich gespielt. Anstatt nur die säumigen Zahlerinnen und Zahler auszudrucken, wurden auch eine Reihe von Personen gemahnt, die Austausch- bzw. Geschenkabos erhalten oder längst gezahlt hatten. Wir bitten hierfür um Verständnis und um Entschuldigung und um Mitteilung an den Vertrieb, damit wir den Fehler in der Datei korrigieren können. Wir geloben Besserung und hoffen, daß wir künftig mit unserem Computerprogramm besser klarkommen. Jedenfalls wird unser Kassierer demnächst eine entsprechende Schulung besuchen.

Autorinnen und Autoren

Bäbel Fünfsinn ist theologische Referentin im Nordelbischen Zentrum für Weltmission und kirchlichen Weltendienst in Hamburg.

Erhard Griese ist Gemeindepfarrer in Düsseldorf und Redaktionsmitglied von CuS.

Wolfgang Lünenbürger ist Student der ev. Theologie in Hamburg und Redaktionsmitglied von CuS.

Matthias Nauerth ist Sozialarbeiter in Hamburg und Mitarbeiter von CuS.

Ulrich Peter ist Theologe und Religionslehrer in Berlin und Redaktionsmitglied von CuS.

Heinz Röhr ist Professor für ev. Theologie in Frankfurt und Mitarbeiter der Frankfurter BRSD-Regionalgruppe.

BASTA!

Sonderausgabe des Duisburger Studierendenmagazins BASTA! zur Geschichte der StudentInnenbewegung ○ Herausgegeben vom AStA und der Linken Liste an der Uni - GH - Duisburg zusammen mit anderen ASten und links-alternativen Studierendengruppen ○ 36 Seiten im Zeitungsformat, mit Dokumentationssteil (Texte von Dutschke, Krahl u.a.) und einer Bibliographie zur StudentInnenbewegung ○ Für 3.- DM in Briefmarken zu bestellen bei:

AStA Uni - GH - Duisburg
Lotharstr. 65
47048 Duisburg

The Times They Are A Changin'

... und nie davon träumt,
Zahn oder Messer zu sein

graswurzel revolution

FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

In der gewaltfrei-anarchistischen
Monatszeitung ist zu lesen



★ Deutsche Tornados im Krieg
★ Geld, Markt & Macht. Die Konsequenz: Abschaffung des Geldes
★ Anarchy in the UK '94 Eindrücke von den britischen Libertären Tagen
★ Die Ideologie der Neuen Rechten
★ Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien
★ Rembetiko: Griechischer Blues - immer nur gut?
★ Max Nettlaus Anarchismus
★ Libertär-antimilitaristische Gruppen in der Türkei
★ Utopie:

Ernst Bloch schrieb bei Gustav Landauer ab
★ Warum die ÖkologInnen den Sturm säen, aber Grüne Punkte ernten. Zur Zukunft der Umweltbewegung
★ Antimilitarismus in der Ära Adenauer: Zeitzeugnisse und Dokumente aus dem Nachlaß von Theodor Michaltscheff
★ CASTOR
★ Buchbesprechungen: Dreyfus; Briefwechsel zwischen Landauer und Mauthner u.v.a.m.

Graswurzelrevolution-Sonderhefte
Anarchismus und gewaltlose Revolution heute, 92 S., 8 DM. **Kritik der parlamentarischen Demokratie,** 100 S., 10 DM.

Schnupperabo (4 Ausgaben) 10 DM gegen Vorkasse. **Jahresabo** (10 Ausgaben) 35 DM.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/1403

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/Innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinensfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeiterleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Abonnement

und Retour:

BRSD

Postfach 2521

72015 Tübingen

Streifbandzeitung

Gebühr bezahlt

F 4637 F

Helmut Gollwitzer

Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)

Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.